

Der Freisinn

FDP

Nr. 9
September 1984
6. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Zur Diskussion um den Uno-Beitritt

Wirtschaftliche Gründe sprechen für ein Ja

Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung hat sich gegen einen Beitritt der Schweiz zur Uno ausgesprochen. Im Gegensatz zum Ausschuss für Aussenpolitik der FDP der Schweiz, der für einen Beitritt plädiert. Die Partei selbst hat noch nicht Stellung bezogen. Deshalb will «Der Freisinn» – zumal auch der Entscheid der Ständekammer noch aussteht – die Diskussion über den Uno-Beitritt weiterführen. In diesem Beitrag erläutert Nationalrat Dr. Paul Wyss (FDP, BS) seine befürwortende Haltung vor allem aus der Sicht der Wirtschaft:

Nach Abwägen der Vor- und Nachteile eines Beitritts der Schweiz zur Uno führen mich insbesondere wirtschaftspolitische Gegebenheiten dazu, für ein Ja zum Uno-Beitritt zu plädieren. Dies trotz zahlreichen Nachteilen, die zu akzeptieren sind, und selbstverständlich unter Wahrung der Maxime der dauernden Neutralität. Ich habe mich zum Ja durchgerungen, nachdem ich die Beitrittsfrage auf Grund der heutigen weltwirtschaftlichen Interdependenzen sachlich und nüchtern analysiert habe.

Internationale Zusammenarbeit als Antwort auf wirtschaftliche Verflechtung

Die Schweiz gehört ja zur Gruppe jener Länder mit einer besonders hohen Aussenhandels-



quote. Auf Grund seiner intensiven internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen muss gerade unser Land daran interessiert sein, auf sämtlichen Ebenen der Uno-Organisation am Dialog

über Wirtschaftsprobleme teilnehmen zu können. Die Antwort auf die starken internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen kann nur in der internationalen Zusammenarbeit liegen. Weltweit erfolgt diese Kooperation immer weniger in Spezialorganisationen, der sogenannten «Technischen Uno», sondern letztlich im zentralen Organ des Uno-Systems, der Generalversammlung.

Da die Wirtschaftsverhandlungen immer deutlicher Teil eines umfassenden Verhandlungsprozesses bilden, der von der Uno-Generalversammlung und vom Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) unter Ausschluss der Schweiz geführt wird, hat sich die Möglichkeit zur Wahrnehmung unserer Wirtschaftsinteressen in den Spezialorganisationen verschlechtert.

Besser voll als nur halb dabeisein

Es ist aber für unser Land von Bedeutung, im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) sowie vor allem in der Wirtschaftskommission der Generalversammlung und in deren Unterorganen aktiv mitarbeiten zu können. Ich nenne einige Beispiele von Themen, wo es wichtig wäre, wenn die Schweiz auf der ganzen Linie, also auch bei den Verhandlungen im Rahmen der Uno-Generalversammlung, dabei wäre oder gewesen wäre:

- Ausarbeitung einer neuen Weltwirtschaftsordnung (Nord-Süd-Dialog)
- Verhaltenskodex für den Technologietransfer

Fortsetzung auf Seite 2

Präsident Hunziker zur FDP-Politik

«Wir wollen einen starken Staat»

In seiner Begrüßungsansprache an der jüngsten ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz nahm Parteipräsident Nationalrat Dr. Bruno Hunziker auch zur Politik der FDP Stellung. Aus seinen Ausführungen nachstehend ein Auszug:

Die FDP befindet sich seit einiger Zeit auf einem ausgeprägten Erfolgskurs. Ich bin mir dessen bewusst, dass dieser auch einmal zu Ende gehen kann. Dennoch, eine solche Kette von Erfolgen ist nur möglich, wenn verschiedene Faktoren zusammenpassen: allgemeiner politischer Trend; klare, zukunftsgerichtete Programmatik; zielstrebige Mitarbeit in den Behörden aller Stufen.

Erfolg kein Ruhelächeln

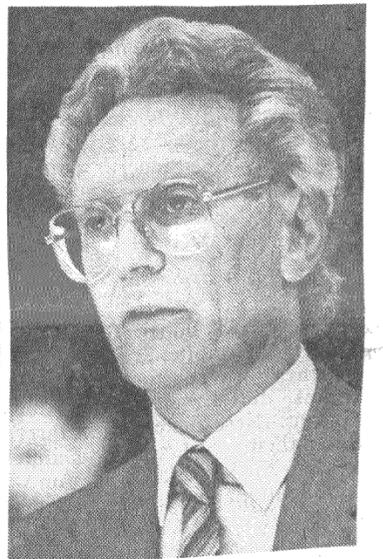
In der Politik ist indessen der Erfolg kein Ruhelächeln. Wir müssen – dies gilt für die gesamtschweizerische Ebene – auch die Zwischenzeit benützen, um unsere Anliegen an die Wählerinnen und an die Wähler heranzutragen. Denn bei den nächsten Wahlen wird der Stimmbürger die Partei auf ihren bisherigen Erfolgen behaften.

An uns allen liegt es, den Leistungsausweis von Partei und freisinnigen Mandatsträgern auf allen Stufen mit dem nötigen Nachdruck an die Öffentlichkeit zu tragen. Und das ist, auch wenn in gewissen Medien immer wieder anders behauptet wird, keine Frage des Werbebudgets. Sondern eine des Mobilisationsgrades der Parteiorganisation und – dies gilt vor allem – der Aussagekraft und Glaubwürdigkeit unseres politischen Programms und unseres politischen Stils bei der Bewältigung der unser harrenden Probleme.

Hauptziel freisinniger Politik

Unsere Parole «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat» ist und bleibt ein Hauptziel freisinniger Politik, zugleich aber auch wegweisende politische Anleitung zur politischen Tagesarbeit. Sie ist eine klare Absage an den Staatsaberglauben unserer Zeit. Sie hat aber nichts zu tun mit Staatsverdrossenheit. Im Gegenteil: Sie ist als positiv begleitende Kritik zu verstehen, die den unkontrollierten Wildwuchs zurückschneidet und damit Raum schafft, um am Gesunden und Entwicklungsfähigen weiterzubauen.

Wir Freisinnigen, die unseren Staat massgeblich mitgestaltet haben und an dessen Weiterentwicklung aktiv mitwirken, sind für einen starken Staat. Wir stehen zu den sozialen Errungenschaften des modernen Staates, an dessen Verwirklichung die

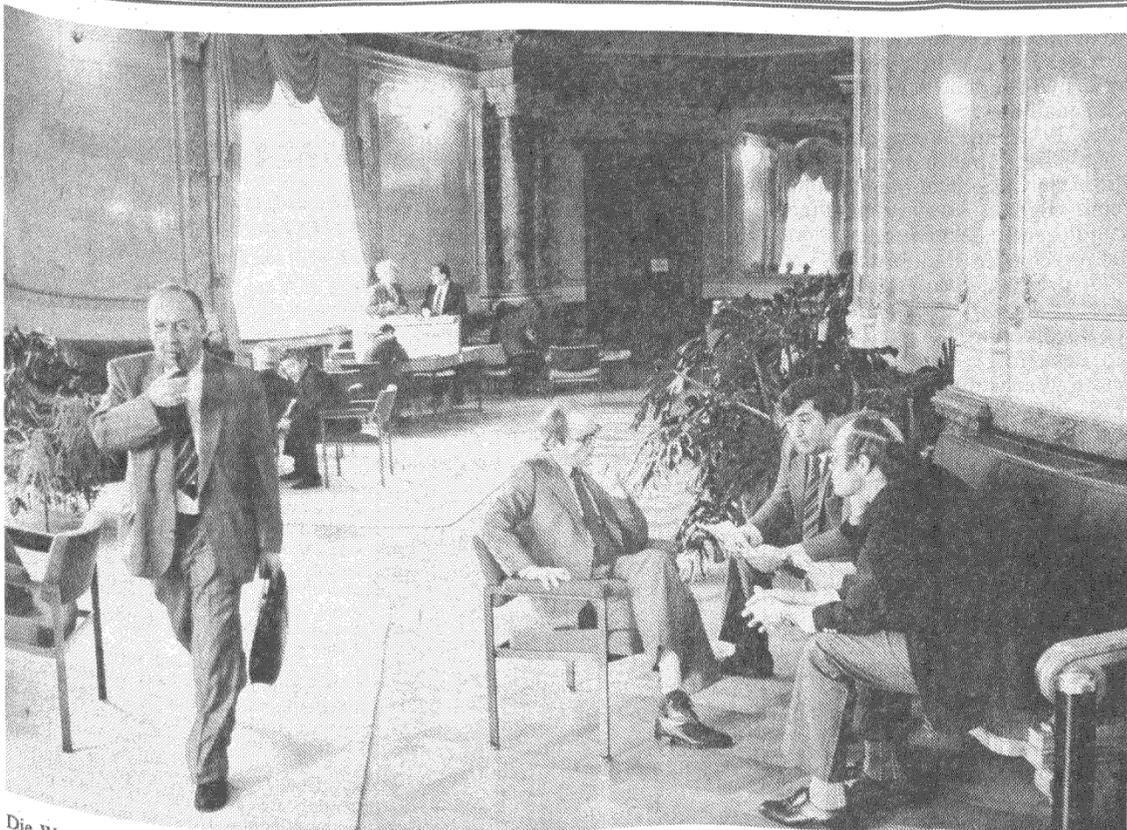


freie Marktwirtschaft wesentliche Verdienste hat. Wir sind auch der Meinung, dass in der Schweiz noch vieles besser ist als anderswo. Aber wir betrachten die Staatstätigkeit nicht zuletzt als eine Frage des Masses. Wir Freisinnigen wollen uns wieder vermehrt auf das liberale Gedankengut konzentrieren und aufzeigen, dass weniger mehr sein kann.

Keine Schlagermelodie

Unsere Parole, die viel Staub aufgewirbelt hat und bewusst fehlinterpretiert wurde, will nicht simpel «weniger Staat», sondern ein überschaubares Leben in der Gemeinschaft und ein leistungsfähiges und gesundes Staatswesen. Unsere Parole ist keine Absage an den Staat. Sie soll vielmehr Anstoss für eine Trendwende sein. Sie ist keine Schlagermelodie.

Fortsetzung auf Seite 7



Die Wandelhalle: der Ort im Bundeshaus, wo «man» sich trifft und wo die Kontakte über die Fraktionsgrenzen hinweg gepflegt werden. Auf unserem Bild unterhalten sich im Hintergrund die beiden Baselbieter Nationalräte Felix Auer (FDP) und Heinrich Ott (SP), während FDP-Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger (mit obligater Pfeife) einem neuen Treffen entgegnet und Nationalrat Pierre Etique (FDP, JU) – sitzend, zweiter von rechts – sich mit Besuchern unterhält. (Photo ruti)

Anlage-
fragen?
Dann
zur SKA



SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA

Ergebnisse einer Arbeitstagung der FDP des Kantons Schaffhausen

Umweltschutz im Spannungsfeld von Wirtschaft und Gesellschaft

Die Freisinnig-Demokratische Partei des Kantons Schaffhausen hat an ihrer jüngsten Reiat-Tagung über das Thema Umweltschutz im Spannungsfeld von Wirtschaft und Gesellschaft umfassend diskutiert. In fünf Fachgruppen sind die verschiedensten aktuellen Aspekte erörtert worden, zu denen die einzelnen Berichte folgen werden. FDP-Kantonsrat Peter Briner, Präsident der Schaffhauser Kantonalpartei, hielt die Ergebnisse für den «Freisinn» fest:

Zusammenfassend geht es den Freisinnigen darum, den Umweltschutz integral zu fördern und, im Gegensatz zu einer isolierten Betrachtungsweise, auch die Sicherung unseres Wohlstandes, die Aufrechterhaltung unserer Arbeitsplätze und unserer Sozialwerke zu gewährleisten. Folgende Erkenntnisse scheinen uns deshalb ausschlaggebend:

1. Umweltschutz ist lebenswichtig

Eine rapid wachsende Weltbevölkerung und steigende Ansprüche an Wohlstand sind potentielle Gefahren für unsere Umwelt. Umweltschutzfragen haben daher in den letzten Jahren im öffentlichen Bewusstsein völlig zu recht an Bedeutung gewonnen.

2. Wirtschaft und Industrie bekennten sich zum Umweltschutz

Sie sind zur Zusammenarbeit mit Verwaltung und Wissenschaft in diesen schwierigen Fragen bereit. Ohne langfristige Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen wäre auch die Zukunft der Wirtschaft gefährdet.

3. Wirtschaftspolitische Hauptziele

Dies sind ein hoher Beschäftigungsstand, stabile Preise, angemessenes Wachstum. Dazu kommt die Erhaltung unserer Umwelt. Diese Ziele sind in ihrer Gesamtheit anzustreben. Damit werden Zielkonflikte und unnötige Spannungen, die zu nichts führen, vermieden.

4. Umweltschutz kostet Geld

Wer sich für höhere Ausgaben im Umweltschutz einsetzt, muss bereit sein, Abstriche bei andern Ausgaben hinzunehmen. Es geht nicht um die Rückgewinnung des Paradieses, sondern um ein sorgfältiges Abwägen konkurrierender Bedürfnisse. Zusätzliche Belastungen für den Umweltschutz lassen sich dann verkraften, wenn nicht gleichzeitig neue Belastungen in andern Bereichen auf die Wirtschaft zukommen.

5. Schafft Umweltschutz neue Arbeitsplätze?

Firmen, die umweltfreundliche Produkte oder Systeme anbieten, weisen überdurchschnittliche Wachstumsraten auf. Auf der andern Seite können Ausgaben für

den Umweltschutz andere Investitionen verhindern. Die hohe Priorität der Arbeitsplatzsicherung erfordert deshalb eine Umweltpolitik mit Augenmass.

6. Die Schweiz ist keine Insel

Unsere Industrie ist dem harten internationalen Konkurrenzkampf ausgesetzt. Die Kosten des Umweltschutzes wirken sich auf die Preise unserer Produkte aus. Unsere ausländischen Abnehmer werden nicht alle bereit sein, diesen Preis zugunsten unserer ökologischen Zielsetzungen zu bezahlen. Die Abwanderung zu alternativen Produktionsstandorten mit weniger Auflagen wäre im Interesse der Arbeitsplatzsicherung nicht wünschenswert. Internationale Richtlinien drängen sich auf.

7. Wirtschaftswachstum und sinkende Umweltbelastung muss möglich sein

Durch sorgfältigen Umgang mit unsern Ressourcen und dem Einsatz schonender Technologie

sollte es möglich werden, Wachstum und Umweltbelastung von einander abzukoppeln. Je produktiver und innovativer ein Betrieb ist, desto mehr Mittel wird er für den Umweltschutz investieren können.

8. Waldschäden als Herausforderung an Wirtschaft und Wissenschaft

Der Wald ist Lebensqualität und Rohstoffquelle. Ihn zu bewahren ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Eine koordinierte Ursachenforschung und energische Vorsorgemassnahmen sind in Anbetracht der Schäden nötig. Weil die Umweltbelastung keine Grenzen kennt, muss auch hier an die internationale Verantwortung der Politik appelliert werden.

9. Bessere Wirksamkeit des Umweltschutzes

Wo sich der sparsame Umgang mit unsern Ressourcen lohnt, werden Phantasie und Initiative von Menschen und Firmen ange-regt, bessere Technologien zu erfinden und anzuwenden. Daher sollten zur Verbesserung des Umweltschutzes marktwirtschaftliche Lösungen gefördert werden.

10. Marktwirtschaft und Umweltschutz

Die Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsform, die den grössten Wohlstand schaffen und auch die meisten Mittel bereitstellen kann, um die Umweltprobleme anzupacken. Es ist eine (politische) Aufgabe der sozialen Marktwirtschaft, auch ökologische Ziele zu setzen. – Mit Glaubenskriegen ist dem Umweltschutz nicht geholfen. Umweltschutz ist – im Spannungsfeld von Wirtschaft und Gesellschaft – umsichtig und unter Einfluss der andern gesellschaftlichen Anforderungen mittel- und langfristig zu pflegen – und nicht nur in Wahljahren!

Konjunkturerholung und Wohlfahrtspolitik

Es gilt, die Proportionen zu wahren

Daß sich die konjunkturelle Erholung, die 1983 in Amerika kraftvoll vorangekommen ist, seit etwa einem halben Jahr auch in der Schweiz und ihrer europäischen Nachbarschaft bemerkbar macht, ist sicher erfreulich. Zur Euphorie besteht trotzdem wenig Grund und zu neuer Öffnung wohlfahrtsstaatlicher Schleusen kein Anlass.

Der Ausbau der sozialen Sicherungsnetze wird nach der jetzt in Kraft getretenen Erhöhung der AHV- und IV-Renten sowie der Verwirklichung des Unfallversicherungsobligatoriums realistische Dimensionen behalten müssen. Das gleiche gilt auf arbeitsvertraglichem Gebiet in bezug auf die Erfüllung von Lohn- und Arbeitszeitforderungen. Die stellenweise, etwa im graphischen Gewerbe und in der Chemie, aufgetretenen sozialen Spannungen vermögen daran nichts zu ändern.

Leben mit bescheidenen Wachstumsraten

Vorderhand besteht nämlich wenig Aussicht auf eine Rückkehr zu den hohen Raten des wirtschaftlichen Wachstums, wie sie für die sechziger und die frühen siebziger Jahre typisch waren. Die expansive Tendenz kam vor ziemlich genau einem Jahrzehnt, nach Mitte 1974, zu einem abrupten Ende. In längerfristiger Sicht wurde sie von einem Stagnationstrend abgelöst, der noch nicht grundlegend überwunden ist. Dem scharfen Einbruch von 1975, der das reale Bruttosozialprodukt um gegen 8% – pro Kopf der Bevölkerung um gut 7% – sinken liess, folgte eine Phase limitierten Wachstums. Zwar kam es 1979 bis 1981 zu einem vergleichsweise kurzfristigen Aufschwung, aber 1982 und 1983 waren die Vorzeichen wieder negativ. Für 1984 rechnen die meisten Konjunkturprognosen mit einer teuerungsberinigten Steigerung des Sozialprodukts um lediglich 1 bis 2%.

Wir werden also einstweilen mit bescheidenen Wachstumsraten leben müssen. Gewiss gehört es zu den normalen Kennzeichen der Industriegesellschaften, dass Kämpfe um die Verteilung des von der Volkswirtschaft produzierten Kuchens ausgetragen werden. Solange aber dessen Substanz nur wenig zunimmt, besteht für Anspruchsinflation um so weniger Raum, als es ja in Industrie



Bündner unter sich: Bundespräsident Leon Schlumpf im Gespräch mit dem freisinnigen Bündner Volksvertreter Peter Aliesch. (Photo ruti)

und Gewerbe weiterhin schwerwiegende Strukturprobleme zu bewältigen gilt.

Schwierige Bändigung der öffentlichen Finanzen

Dazu kommt, dass die Begehrlichkeit des Staates nach möglichst grossen Stücken des vielzitierten Kuchens noch keineswegs gebändigt ist. Die fortdauernde Zunahme der Bundesschulden etwa ist mit Grund ein «Dauerbrenner» in der politischen Diskussion. Die in steiler Aufwärtsbewegung verlaufende Kurve ist mit Leichtigkeit aus dem Statistischen Jahrbuch der Schweiz zu ermitteln. Sie zeigt eine Erhöhung der Gesamtschulden der Eidgenossenschaft von 10 auf 25 Milliarden Franken zwischen 1973 und 1982.

Unter dem Titel «Staatsquoten steigen weiter» hat übrigens die «Wirtschaftsförderung» kürzlich

nachgewiesen, dass der Anteil der unmittelbaren öffentlichen Ausgaben am Bruttosozialprodukt (ohne öffentliche Betriebe und Sozialversicherungen) in jüngster Zeit wieder angezogen hat. Er gelangte 1982 auf 26,4%, nachdem er sich im vorangegangenen Jahrfünft beachtlicherweise zurückgebildet hatte. Aber zuletzt lag er erneut um fast einen Viertel höher als 1970.

Aus der gleichen Quelle ist ersichtlich, dass in beinahe allen Kantonen die Budgets 1984 Ausgabensteigerungen vorsehen, die deutlich über der voraussichtlichen Teuerung liegen. Zwar sollen die Fiskaleinnahmen noch ausgeprägter zunehmen, aber in den meisten Fällen wird dennoch mit beträchtlichen Defiziten gerechnet. Mit Recht wird dazu bemerkt, der Weg zur Gesundung der öffentlichen Finanzen sei noch lang.

Fortsetzung von Seite 1

- Uno-Konferenz über Wissenschaft und Forschung im Interesse der Entwicklung
- Verhandlungen über neue und erneuerbare Energiequellen

Neben grundsätzlichen Wirtschaftsproblemen befassen sich jedoch die Generalversammlung der Uno sowie der Wirtschafts- und Sozialrat auch mit Detailproblemen aus dem wirtschaftlichen Bereich. Als besonders störend muss beispielsweise empfunden werden, dass die Schweiz an den Arbeiten der Kommission für das internationale Handelsrecht nicht beteiligt ist.

Die Schweiz kann nicht mitreden

Wie unsere Diplomaten immer wieder bestätigen, betreffen mehr als die Hälfte der Uno-Aktivitäten Wirtschafts- und Sozialfragen, bei denen wir ohne Mitgliedschaft kein Mitspracherecht haben, bei denen wir in den vorbereitenden Kommissionen nicht vertreten sind und bei deren Verabschiedung wir in der Generalversammlung nicht mitstimmen können. Unser Land wird sich je länger desto mehr mit der Tatsache konfrontiert sehen, dass, wer im internationalen Waren- und Dienstleistungsaustausch erfolgreich tätig sein will, auch die politischen Spielregeln akzeptieren muss.

Gespräch statt Polarisierung

Ich möchte meine Stellungnahme aus wirtschaftlicher Sicht, die zu einem Ja zum Uno-Beitritt der Schweiz führt, mit einer allgemeinen Bemerkung abschliessen: Das Gespräch als Mittel des gegenseitigen Verstehens, also eines offenen Dialogs, ist von zentraler Bedeutung. Genauso wie ich etwa in der innenpolitischen Diskussion die Sozialpartnerschaft befürworte (da diese Art von Zusammenarbeit besser ist als eine mögliche Polarisierung oder gar eine Konfrontation), kann es auch

ausser- und wirtschaftspolitisch nur gut sein, wenn wir uns dem weltweiten multilateralen Dialog in der Uno stellen, trotz vielen Vorbehalten, die, es sei noch einmal betont, auch ich anbringe. Genau bei diesem Dialog kann auch unser neutraler Kleinstaat – bei Wahrung seiner Neutralität – durch seinen Beitrag mithelfen, im weltweiten Ringen die Ideen und die Position der westlich-demokratischen, marktwirtschaftlich orientierten Länder in der Uno zu stärken.



Für Festhalten an der Stabilisierungspolitik

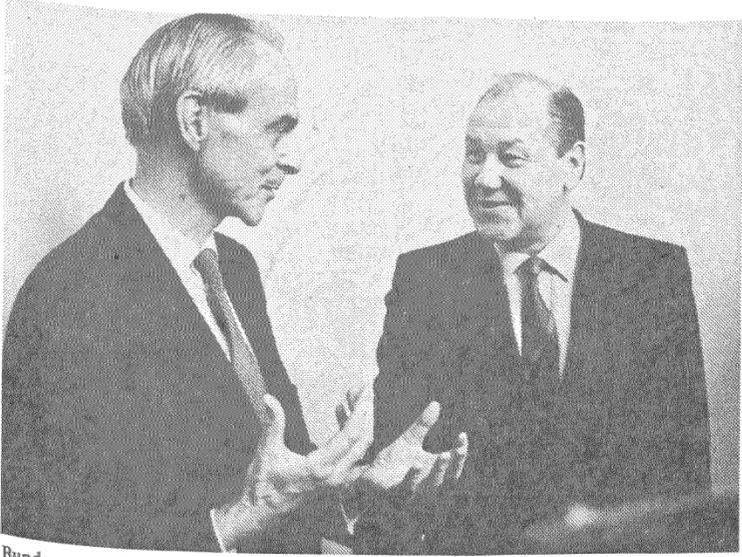
Die FDP zur Fremdarbeiterregelung
Weil sich der Bestand der ausländischen Wohnbevölkerung stabilisiert hat, erwartet die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP), dass diese positive Entwicklung ihren Niederschlag in einer verstärkten Stabilität der schweizerischen Fremdarbeiterpolitik findet. Wie die Partei in ihrer Stellungnahme zur Teilrevision der Fremdarbeiterregelung festhält, soll der nicht zuletzt im Interesse einer Förderung der konjunkturellen Entwicklung in der Schweiz möglichst wenig Änderungen an der geltenden Regelung vorgenommen werden. Vielmehr ist nach ihrer Ansicht darauf zu achten, dass mögliche wirtschaftliche Aufschwungimpulse nicht durch eine allzu strikte Praxis der Arbeitsmarktbehörden gehemmt oder sogar im Keime erstickt werden.

Aus diesen Gründen spricht sich die FDP gegen die Absicht aus, das Jahresaufenthalterkontingent nur zu 75 Prozent freizugeben und das entsprechende Biga-Kontingent um 25 Prozent zu reduzieren. Auch der weiteren Restriktion, wonach die Übertragung nicht ausgeschöpfter Kontingente auf die nächste Periode nicht mehr statthaft wäre, kann die FDP nicht beipflichten. Einverstanden ist sie mit dem behördlichen Vorschlag, das Biga-Kontingent für Kurzaufenthalter zu erhöhen, um so saisonale Schwankungen besser ausgleichen zu können.



Neue (vermeintliche) Enthüllungen über das schweizerische Bankenwesen im «Canard enchaîné»? Gemeinsame Lektüre von FDP-Fraktionspräsident Nationalrat Jean-Jacques Cevey (VD), links, und FDP-Nationalrat Pascal Coucheppin (VS). Hinter ihnen ist der neue Parteipräsident der CVP der Schweiz, Nationalrat Flavio Cotti (TI), zu erkennen. (Photo ruti)

Zum Rücktritt von Bundesrat Friedrich



Bundesrat Friedrich zusammen mit Karl Blecha, Österreichs Innenminister

In Bundesrat Dr. Rudolf Friedrich scheidet ein Mitglied aus der Landesregierung, das eine für schweizerische Verhältnisse beinahe typische Karriere als Politiker durchlief. Er diente von der «Pike» auf einer breiteren Öffentlichkeit wurde er jedoch erst 1975 mit seiner Wahl in den Nationalrat bekannt. Bis zu seinem Einzug in die oberste Landesregierung sollte es dann nur noch sieben Jahre gehen.

Bundesrat Friedrich, 1923 in Winterthur geboren und immer mit seiner Heimatstadt verbunden, wo er heute noch wohnt, nahm nach dem Besuch der Schulen ein Rechtsstudium an der Universität Zürich in Angriff, das er mit dem Dr. iur. abschloss. Nach Tätigkeit in Gerichten, in der Privatwirtschaft und einem Anwaltsbüro eröffnete er 1957 seine eigene Praxis als Rechtsanwalt in Winterthur. Von 1962 bis 1975 gehörte er dem Grossen Gemeinderat an. 1967 wurde er in den Zürcher Kantonsrat gewählt, aus dem er 1977 zurücktrat. Während er sich auf kantonalen und kommunalen Ebene hauptsächlich mit Verkehrsfragen sowie der Raumplanungsproblematik auseinandersetzte, engagierte er sich nach seinem Einzug in die Volkssammer vor allem in



Bundesrat Friedrich, der temperamentvolle Debattierer

staatspolitischen Fragen und beschäftigte sich ferner schwerewichtig mit Sicherheits-, Militär- und Aussenpolitik.

Diese Akzente in der eidgenössischen Politik führten dazu, dass von Rudolf Friedrich oft ein falsches Bild gezeichnet wurde, als ob er nur auf bestimmte Fragen fixiert sei. Eher mit Verwunderung wurde sein engagiertes Ja zu einem schweizerischen Uno-Beitritt registriert. Kaum zur Kenntnis genommen wurde sein Eintreten für die

Geiling-Engineering löst Ihre Probleme.

Investitionsabsichten in hoch technisierte Einrichtungen und Industriebauten könnten bis zur erfolgreichen Realisierung unser erstes und wichtigstes Gesprächsthema sein und bleiben.

Geiling AG
Dept. Planung und
Generalbau
CH-8401 Winterthur, Tel. 052/227434
CH-1462 Yvernon, Tel. 024/311731
CH-1227 Genève, Tel. 022/428232

GEILINGER

ner Sachkenntnis, seiner Beharrlichkeit, seiner Logik der Argumentation, seiner ungewöhnlichen Debattierkunst und seinem unermüdeten Einsatz überzeugt. Zu seinem Bild gehören aber auch sein grosser und seriöser Arbeitseinsatz wie auch seine Fairness – bei aller Härte der sachlichen Auseinandersetzung – gegenüber Andersdenkenden. Bei Rudolf Friedrich bestehen nie Zweifel über seine politischen Koordinaten; daraus macht er auch kein Hehl. Politische Liebdienererei ist ihm zuwider. Und weil er ein Mann ist, der Ja meint, wenn er Ja sagt, und mit seiner Sicht der Dinge und mit seinem Urteil nicht hinter dem Berg hält, weiss jedermann, mit wem er es zu tun hat. Solch klar und deutlich profilierte Persönlichkeiten gibt es in unserer politischen Landschaft nicht viele.

Wo immer die «res publica» zum Dienste rief, Rudolf Friedrich folgt dem Ruf, stellt andere Ambitionen zurück. Das liegt vielleicht in der Familie: Schon sein Grossvater mütterlicherseits hatte im Nationalrat gesessen, ebenso ein Grossonkel aus der väterlichen Linie. Sich voll und ganz der Gemeinschaft zu widmen, dem Staat zu dienen, gehört zu den Zielen des scheidenden Magistraten. Mit sei-

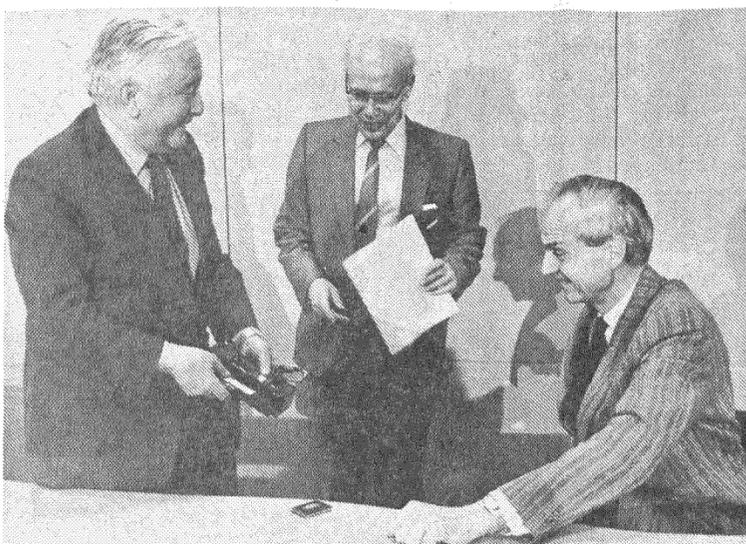
Dank an den Magistraten

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) sowie die FDP-Fraktion der Bundesversammlung haben – wie sie in einem unmittelbar nach der Rücktrittsankündigung veröffentlichten Communiqué festhielten – vom Rücktritt von Bundesrat Dr. Rudolf Friedrich Kenntnis genommen. Sie bedauern den Beschluss; haben jedoch Verständnis dafür, dass sich Bundesrat Friedrich aus gesundheitlichen Gründen zu diesem Schritt entscheiden musste.

Partei wie Fraktion wissen die Verdienste des scheidenden Magistraten zu würdigen. Bundesrat Friedrich hat sich in seiner Amtszeit unermüdet und mit viel persönlichem Engagement für das Wohl unseres Landes eingesetzt. Sein grosser und seriöser Arbeitseinsatz, seine Beharrlichkeit und Konsequenz, seine nicht nach Publizität schiele Art haben ihm nicht nur in Partei und Fraktion, sondern in einer weiteren Öffentlichkeit grösste Achtung eingetragen.

ner Wahl in die Landesregierung wurde die Laufbahn gekrönt, die nun aus gesundheitlichen Gründen etwas abrupt ein Ende nimmt. Bei allem Bedauern über den Rücktritt des Magistraten – seine Beweggründe für diesen Schritt sind überzeugend und verdienen Verständnis. Für seine bisherige und – so hoffen wir – zukünftige Tätigkeit im Dienste einer liberalen Gesellschaft sind wir Rudolf Friedrich zu tiefst zu Dank verpflichtet.

Hans Rudolf Leuenberger



Bundesrat Friedrich zusammen mit Bundesrat Georges-André Chevallaz und André Perlstein, dem früheren Direktor des Bundesamtes für Messwesen. (Photos urti)

Vor dem Urnengang vom 23. September

Darum 2 mal Nein

Die FDP der Schweiz hat sich deutlich gegen die Atom- und die Energie-Initiative ausgesprochen: Den 215 (Atom-Initiative) und 217 (Energie-Initiative) Gegnern standen jeweils nur 10 Befürworter gegenüber. Drei FDP-Nationalräte begründeten aus unterschiedlichen Blickwinkeln nachstehend ihre ablehnende Haltung.

Aus energie- und gesellschaftspolitischer Sicht werden die Initiativen von Dr. Bruno Hunziker, Präsident der FDP der Schweiz, beleuchtet. Geneviève Aubry (Tavannes BE) nimmt aus der Optik

der Frau Stellung, während Dr. Willy Loretan (Zofingen AG), Präsident der Stiftung für Landschaftsschutz, das zweifache Nein aus landschafts- und umweltschützerischen Gründen verfiert.

Hunziker: Nein zu energiepolitischem Abenteuer und ideologischer Romantik

Mit den am 23. September zur Abstimmung gelangenden Initiativen würden wir einen notwendigen und umweltfreundlichen Energieträger verbannen und eine Fahrt zu unsicheren Ufern einleiten. Es würden unverantwortliche Risiken für die künftige Energieversorgung und damit für die Beschäftigungslage eingegangen. Wir würden auch Pfade beschreiten, die in ein ordnungspolitisch höchst unerwünschtes Gestrüpp führen müssten.

Falsche Etiketten

Die Atominitiative sollte Atomverbotsinitiative heissen. Es geht nicht nur um eine «Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke», wie der Titel lautet, sondern um eine Zukunft ohne Atomwerke überhaupt. Gemäss dem zweiten Teil des Initiativtextes sind die in Betrieb stehenden Kernkraftwerke bereits nach Ablauf der Konzessionsdauer ausser Betrieb zu nehmen. Die Initianten wollen eine Schweiz ohne Kernenergie, dann sollen sie es auch offen sagen.

Die Energieinitiative sollte Energierationierungsinitiative heissen. Ihr Titel ist besonders verfänglich und irreführend, er lautet: «Für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung». Das tönt vernünftig. Liest man den ganzen Initiativtext, so stellt man fest, dass unsere Energiepolitik weniger sicher, weniger sparsam und auch weniger umweltgerecht werden würde:

● **Weniger sicher**, weil die Zunahme im Elektrizitätskonsum nicht mehr gedeckt werden könnte. Mit der Stilllegung der bestehenden Kernkraftwerke würden 40 Prozent unserer Stromversorgung wegfallen.

● **Weniger sparsam** würde die Energieversorgung, weil sowohl das Sparen von Energie wie auch der Betrieb von Wärmepumpen und Sonnenkollektoren mehr und nicht weniger elektrischen Strom erfordern. Mit den Initiativen würde nicht in erster Linie Energie gespart, sondern die Elektrizität verknappt.

● **Weniger umweltgerecht** wäre die vorgeschlagene Energieversorgung, weil die ökologisch unbedenkliche Kernenergie eliminiert werden soll, obschon sie nicht zum Waldsterben beiträgt und die Luft auch sonst nicht verschmutzt. Die Initianten wollen dezentrale Systeme und viele Wärme-Kraft-Koppelungs-Anlagen. Das kann kaum im Interesse des Umweltschutzes liegen. Tausende solcher kleiner Einheiten, über das ganze Land verstreut und fossil betrieben, stellen eine viel grössere Umweltbelastung dar als ein einzelnes Kernkraftwerk.

Der Weg zum Energiestaat

Die Strategie der Initianten, deren Flagge ein kräftiges rot-grünes Dessin aufweist, müsste zum eigentlichen Energiestaat führen, zu vielen neuen Staatseingriffen und Vorschriften, so z. B. Wärme-

dämmungsvorschriften (auch für Altbauten), wärmetechnischer Beurteilung der Mietobjekte, zu Subventionen und einer Energiesteuer, alles mit viel administrativem Aufwand. Man nimmt an, dass mehr als 1000 zusätzliche Beamte nötig wären. Derartige ordnungspolitische Eskapaden und bürokratische Auswüchse wollen wir nicht.

Fatal wären auch die wirtschaftlichen Folgen. Die Energieverteilung müsste früher oder später zu Verlagerungen der industriellen Produktion ins Ausland führen. Abzulehnen sind schliesslich politische Zielsetzungen wie die bewusste Herbeiführung einer Energieverknappung, eine Hemmung des Wachstums, mehr Zentralstaat, Ausschaltung der dezentralen und zum Teil privaten Strukturen.

Wir lehnen die beiden Initiativen ab. Sie schiessen weit über das Ziel hinaus. Nach unserer Überzeugung würde eine sichere Energieversorgung bei Annahme der Vorstösse aufs schwerste gefährdet. Wir gehören nicht zu jenen, die den Teufel in den schwärzesten Farben an die Wand malen und behaupten, die Schweizer Wirtschaft würde zusammenbrechen. Dafür ist unser System zu gut. Immerhin wäre aber doch mit schwerwiegenden Konsequenzen nicht nur bezüglich Konkurrenzfähigkeit und Arbeitsplätzen, sondern auch für jeden einzelnen Bürger zu rechnen.

Die beiden Initiativen passen nicht in unsere gesellschafts- und wirtschaftspolitische Landschaft. Die Initianten haben an der Pressekonzferenz vom 8. Mai 1980 ausgeführt: «Die Volksbegehren wollen den Weg zu einer echten gesellschaftlichen Neuordnung ermöglichen.» Hier wird sichtbar, was unter den biedermännischen und täuschenden Etiketten der

Fortsetzung auf Seite 4

SBG Ihre Bank mit Rat und Tat

Höherer Ertrag mit sicheren Wertpapieren!

Der Rat:

Wenn Sie auf längere Sicht sparen, dann ist es wichtig, einen Teil der Ersparnisse in absolut sicheren und höher verzinslichen Wertpapieren anzulegen.

Die Tat:

Sparen Sie mit Kassenobligationen der Bankgesellschaft. Unser Kassier erklärt Ihnen gerne die Vorteile und berät Sie, wieviel Ihrer Ersparnisse Sie am besten in Kassenobligationen anlegen.



Fortsetzung von Seite 3

beiden Initiativen beabsichtigt ist. Man will unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung total umkrempeln, private Initiative und föderalistische Strukturen zertrümmern und an ihre Stelle einen allmächtigen Zentralstaat setzen.

Das Geschäft mit der Angst

Hypothetische Gefahren der Kernenergie werden in allen Farben beschworen, tagtäglich eintretende Schäden anderer Energien aber verschwiegen. In unverantwortlicher Art werden x-mal widerlegte Behauptungen über Kernenergieschäden für Mensch und Umwelt wiederholt. Verschwiegen wird, dass die Sicherheitsanforderungen bei der Kernenergie schärfer als bei jeder anderen Technologie sind und dass sie bisher eine eindrückliche Sicherheitsbilanz aufweist. Es gibt keinen menschlichen Fortschritt und keine Technik ohne Risiko. Man muss auch die Frage stellen, welche Risiken wir eingehen, wenn wir die Kernkraft eliminieren und wenn uns eines Tages die Energie plötzlich fehlt. Prominente Sozialdemokraten und Gewerkschafter befassen sich ernsthaft mit dieser Frage. Sie nehmen die Risiken einer Stromverknappung ernst und erachten die Kernenergie auch aus Gründen der Umweltverträglichkeit als notwendig. In der Tat ist zu bedenken, welche Schäden zu erwarten sind, wenn wir mit den fossilen Energieträgern im alten Stil weiterfahren.

Die beiden Initiativen müssen abgelehnt werden

Die bei vielen vorhandene uneingestandene Sehnsucht nach einer neuen, besseren Welt, von der zwar niemand weiss, wie sie aussehen soll, löst das Energieproblem nicht. Wir müssen unsere Mitbürger immer wieder auf die Gefahren aufmerksam machen, die sich aus energiepolitischer Passivität ergeben können. Die



Überaus lebhaft verlief ein konträdiertorisches angelegtes Gespräch über die beiden am 23. September zu Abstimmung gelangenden Energieinitiativen im FDP-Presserband. Daran nahmen teil (v. l. n. r.): Martin Pestalozzi, Ira Stamm (verdeckt), beide Befürworter der Volksbegehren, Christophe Babaizant (Gegner), Eduard Kiener, Direktor des Bundesamtes für Energie, Rudolf Gerber, Chefredaktor «Der Landbote», Verbandspräsident, Michael Kohn, GEK-Präsident, sowie Nationalrätin Kopp (Gegenerin der beiden Initiativen). Das Gespräch wurde vom Bundeshausjournalisten Markus Rohr geleitet.

gegenwärtige entspannte Lage an den Energiemärkten wird nicht auf ewige Zeiten halten. Früher oder später werden wir erneut mit Verknappungen und Preiserhöhungen konfrontiert sein. Der frühere Generaldirektor der Internationalen Energieagentur, Dr. Ulf Lantzke, hat einmal gesagt: «Die Lage könnte ernst werden, bevor sie uns kritisch erscheint.»

Unsere bisherige energiepolitische Struktur ist offen, funktioniert und hat uns preisgünstige Energie verschafft. Die Energieversorgung ist auch mehrheitlich in öffentlichem Besitz, unsere Energiesysteme haben keine parteipolitische Färbung und wollen auch kein weltanschauliches Programm darstellen. Private und Kantone sind aktiv geworden, und die Wirtschaft hat beachtliche Wirkungsgradverbesserungen und Sparmassnahmen eingeführt. Der Substitutionsvorgang hat ohne staatliche Zwänge längst eingesetzt. Wir wollen unsere Zukunftsprobleme mit der modernen Technik und nicht gegen oder ohne sie lösen. Für die beiden Initiativen gibt es nur ein deutliches Nein. Nein zu einem Abenteuer und zu ideologischer Romantik.

Loretan: Nein aus der Sicht des Landschafts- und Umweltschutzes



heute noch zu beinahe 70% am Energieendverbrauch beteiligt ist. Mit Sparen allein können wir unsere Energie- und Umweltschutzprobleme niemals lösen, vor allem dann nicht, wenn wir endlich von der extremen Abhängigkeit vom Erdöl loskommen wollen.

Mit Erdöl produzierte Alternativenergien?

Alternative oder neuartige Energieträger wie Sonnen-, Wind- oder Biogasenergie werden in absehbarer Zeit nicht in der Lage sein, herkömmliche Kraftwerke in der Elektrizitätsproduktion auch nur annähernd zu ersetzen. Sonnenkraftwerke insbesondere sind vom Landschaftsbild her nicht unbedenklich (grossflächige Anlagen, Speichereinrichtungen). Wärme-Kraft-Koppelungs-Anlagen – rund 3000 wären nötig, um die halbe Winterleistung eines Kernkraftwerkes zu ersetzen – müssten mit Erdöl betrieben werden. Wer möchte denn dies befürworten?

Allzu viele Unsicherheiten energiepolitischer, aber auch umweltschützerischer Art umgeben die vielgepriesenen Alternativenergien, die, wenn überhaupt je,

erst in einer weiteren, ungewissen Zukunft grosstechnologisch nutzbar sein werden. Auch von daher und nicht nur aus dem Blickwinkel des Sparens und Substituierens verbietet es sich, heute leichtfertig auf die Möglichkeiten der Kernenergie zu verzichten.

Widerstand gegen den Weiterausbau der Wasserkräfte

1983 wurden in den schweizerischen Kernkraftwerken 14,821 Mia. kWh produziert. Diese Energie mit der Zeit auch nur teilweise zu ersetzen würde bedeuten, dass noch mehr als bisher auf die Stromproduktion aus Wasserkraft ge-griffen werden müsste. Dagegen setzt sich nicht nur die Schweizerische Stiftung für Landschaftsschutz und Landschaftspflege zur Wehr, sondern auch Umweltschützer aller Couleurs. Ein etappenweiser Verzicht auf die Stromerzeugung aus Kernkraftwerken, wie dies die Atom(verbots)-Initiative anstrebt, würde nichts anderes als grünes Licht für den Endausbau der Wasserkräfte bedeuten.

Die vorab in der Energie-Initiative postulierte «vorrangige Benutzung landeseigener, erneuerbarer Energiequellen», verbrämt mit der Beifügung «unter Schonung der Landschaft», erweist sich als Bumerang. Denn sie führt stracks in die Abzäpfung und Verbauung der letzten noch frei fliessenden Gewässer, vor allem in unserem Alpen- und Vor-alpenraum. Die «Schonung der Landschaft» dürfte sich dann auf die Bepflanzung von Kraftwerkzentralen oder Kanälen sowie auf einige Liter zusätzlichen Restwassers im Flussbett beschränken!

Saubere Kernenergie

Zur Stromerzeugung sowohl aus Kernkraft als auch aus Wasserkraftwerken Nein zu sagen ist eine äusserst zwiespältige Haltung. Sie führt darüber hinaus dazu, dass angesichts der ungewissen Aussichten der sogenannten Alternativenergien Kohle- und Ölkraftwerken Tür und Tor geöffnet würde. Die nach wie vor viel zu grosse Abhängigkeit vom Erdöl würde noch verstärkt, und punkto Umweltschutz würden wir im «Zeitalter des Waldsterbens» genau das Falsche machen. Ein Kohlekraftwerk gibt im übrigen mehr Radioaktivität an die Umwelt ab als fünf bis zehn Kernkraftwerke vergleichbarer Grösse zusammengenommen (dies laut

Prof. Dr. Bruno Fritsch, ETH Zürich).

Verwerfung der Initiativen hilft den Gewässern

Nicht zuletzt wegen des Widerstandes gegen die Stromerzeugung aus Kernkraftwerken hat ja die Elektrizitätswirtschaft ihre Pläne zum *Vollausbau* der Wasserkräfte wieder aus den Schubladen hervorgeholt. Auch Kantone und Gemeinden sind aktiv geworden und beginnen, ihre eigene Energiepolitik zu betreiben («Alpen-Opec»). Nun sollen auch die letzten Flüsse und Bäche dran glauben! Dagegen wenden sich die Volksinitiative «Zur Rettung unserer Gewässer» sowie im Sinne einer Übergangsmassnahme meine Motion für einen Dringlichen Bundesbeschluss. Damit soll verhindert werden, dass in der heutigen energiepolitischen Situation und unter dem Druck bevorstehender Gesetzesrevisionen (Gewässerschutz und Nutzbarmachung der Wasserkräfte) noch möglichst viele Wasserkraftwerke konzessioniert oder gar gebaut werden.

Aubry: Das Gewicht der Frauen



Frauen sind wichtige Energiekonsumentinnen. Man braucht nur den Tagesablauf einer Frau zu verfolgen, um sich von der die Notwendigkeit der Energie in ihrer unmittelbaren Umgebung zu überzeugen. Von der Kaffeemaschine, der elektrischen Zahnbürste, dem Kochherd über den Mixer zum Föhn: die Liste der elektrischen Haushaltgeräte ist lang, und man könnte einen neuen Slogan verwenden: «Die Schweizer Frau lebt mit der Elektrizität.» Unser hoher Lebensstandard verwöhnt uns so mit elektrischen Geräten, dass wir uns dessen nicht einmal mehr bewusst sind. Als ob es das Natürlichste der Welt sei,

- Weil sie
- die Stromversorgung in Frage stellen;
 - neue Steuern verlangen;
 - uns noch mehr von den Ölscheichs abhängig machen;
 - notwendige Umweltschutzmassnahmen torpedieren;
 - mehr Bürokratie bringen;
 - die Energie verteuern und damit
 - Arbeitsplätze und Wohlstand von uns allen gefährden.
- sagen wir Freisinnigen

NEIN zur Atom-Initiative
NEIN zur Energie-Initiative



Freisinnig-Demokratische Partei

In unseren «Zielsetzungen 83/87» sagen wir, welche Energiepolitik wir vertreten. Sie können sie bei uns beziehen. Gratis. FDP, Postfach 2642, 3001 Bern

Wer hinter diesen Bestrebungen steht, kann kaum in guten Treen den beiden Initiativen zustimmen. Er könnte ein böses Erwachen erleben, wenn er später einmal feststellen müsste, dass mit der Gutheissung der Zwillingsinitiativen am 23. September volkswirtschaftliche Schäden und schmerzliche Eingriffe für jeden Einzelnen (durch eine aufgeblähte Staatsbürokratie und neue Steuern) eingeleitet worden sind und dass dazu noch das *Zerstörungswerk gegenüber Natur und Landschaft* mit fast atemberaubender Geschwindigkeit weitergegangen ist. Wahrhaftig der Gründe genug für ein *doppeltes Nein!*

konsumieren wir Energie, wie wenn sie aus einer unerschöpflichen Quelle entspringen würde. Frauen müssten also eine gewichtige Rolle gegen die beiden am 23. September zur Abstimmung gelangenden Initiativen spielen. Ihre Haltung kann in dieser Abstimmung entscheidend sein. Es stimmt und man stellt es fest, dass Frauen eine Rolle in den antinuklearen Bewegungen spielen. Man hat es verstanden, ihnen Angst vor einer neuen Technologie einzufliessen, und profitierte von ihrer Unwissenheit, indem man geschickt die militärische Atomkraft mit der friedlichen Energienutzung verbunden hat. Man hat das Gespenst von Hiroshima und vom «Tag danach» aufleben lassen. So wie die Pazifisten setzen auch die Kernkraftgegner auf die Angst und die Verantwortung für kommende Generationen. Das Nein zur Kernkraft ist auch eine Infragestellung unserer heutigen Lebensauffassung und ein Rückschritt in die Zeit der Kerzenbeleuchtung. Für uns Frauen sind die häuslichen Arbeiten dank den elektrischen Geräten einfacher geworden. Warum sollten wir, wie es die Kernkraftgegner wollen, zum mühseligen Waschzuber zurückkehren?

Unsere Spezialität:
Vermögensverwaltung –
persönlich,
leistungsbezogen,
integral.

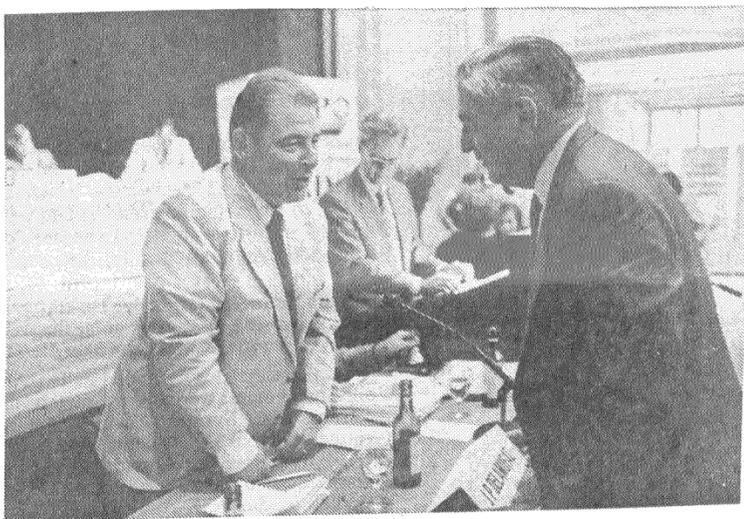
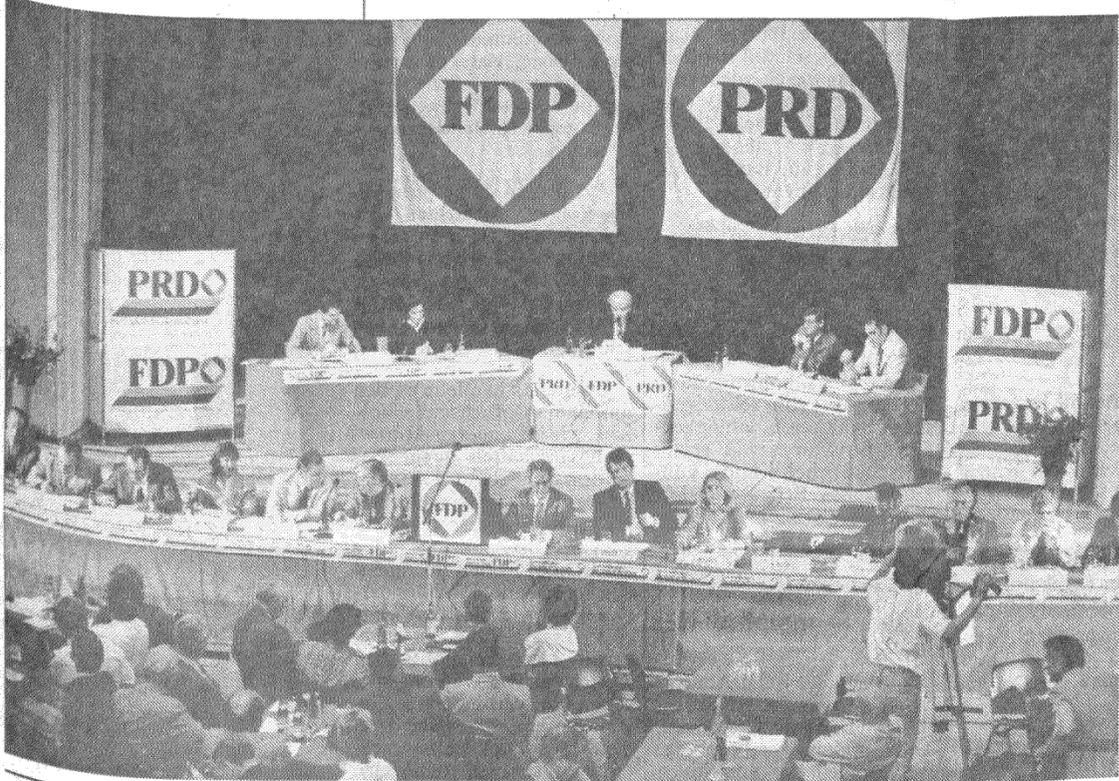
Unsere Anlagepolitik:
Traditionell schweizerisch –
weltweit orientiert.

BANK VONTOBEL
Zürich

Bahnhofstrasse 3 · CH-8022 Zürich
Tel. Bank: 01/488 71 11 · Tel. Börse: 01/211 82 70
Telegramm: CAPBANK · Telex: 812306



Überaus zahlreich erschienen die Delegierten und Gäste zur a. o. Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz vom 25. August in Bern, die der Parolenfassung der Abstimmungsvorlagen vom 23. September gewidmet war. Der Blick in den Saal (Photos ruti) illustriert dies. Das Bild unten gibt einen Überblick über den Tisch der Geschäftsleitung sowie die Teilnehmer am kontrastreich angelegten Podiumsgespräch. Rechts oben zwei freisinnige Befürworter der beiden Energieinitiativen: Ira Stamm (St. Gallen) sowie Nationalrat Sergio Salvioni (Verscio TI). In der mittleren Reihe rechts zwei Freisinnige, die für zwei Nein sich aussprechen: Ständerat Peter Knüsel (Meggen LU) und Nationalrätin Elisabeth Kopp (Zumikon ZH). Ob sie wohl einen Austausch gemeinsamer Erfahrungen pflegen: Bundesrat Delamuraz und alt Bundesrat Honegger? Zwischen ihnen ist Parteipräsident Nationalrat Dr. Bruno Hunziker zu erkennen.



Tabak. Mehr nicht.

Ursprünglich waren Cigarren echte Naturprodukte. Bei La Paz sind sie es noch heute. Alle.

Auch die oft kopierten, doch nie erreichten, authentischen Wilden. Denn nicht jede «Wilde» ist eine Wilde von La Paz. Das Büschel am Brandende sollte nicht lediglich eine modische Verzierung sein, denn Kenner wissen, dass sich dadurch das volle Aroma schon beim Anzünden entfaltet.

Doch wesentlicher ist und bleibt die Kunst der sorgfältig ausbalancierten Mélange aus über 20 Tabaksorten. Umwickelt mit einem ausgewogenen Umblatt, das eine gleichmässige Aromaabgabe garantiert. Und einem Deckblatt, das sich nicht unter einem Pudermantel zu verbergen braucht. Das ist die Sprache der Natur.

Für Cigarrenraucher, die wissen, was schmeckt.



10 Stück/Fr. 7.-



Cigarros Autenticos.

Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel

Auszug aus

SBG teilt mit



Informationen + Meinungen

Die aktuelle Informationsseite der Schweizerischen Bankgesellschaft Nr. 7/84

Klare Absage an extreme Forderungen



VOX

Stimmbürger durchleuchtet

«Banken sind unentbehrlich. Ohne Banken stehen die Räder von Gewerbe und Wirtschaft bald einmal still.» Neun von zehn Schweizerinnen und Schweizern haben diese klare Meinung kürzlich in einer Publikumsbefragung vertreten. Rund achtzig Prozent der Interviewten sind von der Notwendigkeit starker Banken überzeugt und glauben, dass das heutige Bankgewerbe seine Aufgaben zweckmässig erfüllt. Einen hohen Stellenwert geben die Befragten ferner der Diskretionspflicht der Kreditinstitute. Dies sind einige der aufschlussreichen Ergebnisse der VOX-Analyse zur Abstimmung über die SP-Bankeninitiative.

Im Anschluss an jede Volksabstimmung werden im Auftrag des Bundes die Gründe untersucht, welche die Stimmbürger zu ihrem Entscheid veranlasst haben. Kürzlich ist die VOX-Analyse zum Urnengang vom 20. Mai 1984 veröffentlicht worden. Sie vermittelt auch interessante Aufschlüsse über die allgemeine Einstellung im Volk gegenüber unserem Bankwesen.

Ablehnung bei Parteungebundenen

Mit 73 Prozent «Nein» und 27 Prozent «Ja» hat der Souverän bekanntlich die verschiedenen Forderungen der Bankeninitiative überwältigend klar bachab geschickt. Wer stimmte dagegen? Kaum überraschend ist das ziemlich geschlossene Votum aus den Kreisen der bürgerlichen Parteien. Verstärkt wurde die ablehnende Haltung aber auch von den Parteungebundenen: Drei Viertel von ihnen, so bestätigt die VOX-Analyse, legten ein «Nein» in die Urne.

Selbst die ehemals traditio-

nellen Anhänger der SP versagten der Partei bei ihrer Bankeninitiative die Gefolgschaft.

Gegen Ziele der Vorlage

Aus welchen Gründen ist die Initiative verworfen worden? Für die einen wären durch die Änderungen in unserem Bankwesen - namentlich die Durchlöcherung des Bankheimnisses - Grundwerte des schweizerischen Staatsverständnisses in Frage

gestellt worden. Dabei spielen der Persönlichkeitsschutz und die gewünschte Zurückhaltung des Staates gegenüber dem einzelnen Bürger eine zentrale Rolle. Gelddinge sind nach weit verbreiteter Auffassung Privatsache. Die bisherige Auskunftspflicht der Banken genügt.

Für eine andere starke Gruppe waren wirtschaftliche Gefahren ausschlaggebend. Gerade in Rezessionszeiten will man den Handlungsspielraum der Banken nicht weiter eingeschränkt sehen. Befürchtet wurde nicht nur ein direkter Schaden für eine erfolgreiche Branche, sondern für die Wirtschaft insgesamt, die auf die Banken und ihre Kredite angewiesen ist.

Sympathie für die Banken

Zusätzlich zur Abstimmungsanalyse wurde die Grundeinstellung zu den Banken erfasst. Die Befragten äusserten in hohem Masse Zustimmung zum schweizerischen Bankwesen, seiner heutigen Struktur sowie seiner wirtschaftlichen und konjunkturellen Bedeutung. Mit Skepsis begegnet man Forderungen, die Banken noch stärker ans staatliche Gängelband zu nehmen.

Der Stimmbürger wusste, worum es ging

Wie aus der VOX-Analyse weiter hervorgeht, ist es den Initianten nicht gelungen, den Stimmbürger von der Wirksamkeit der von ihnen vorgeschlagenen Massnahmen zu überzeugen. In der Meinungsumfrage bekannte sich nämlich eine deutliche Mehrheit - offenbar zum Erstaunen der Analysten - gegen die Steuerhinterziehung und gegen die «Möglichkeit, internationalen Schiebern

«Die Angst, eine verstärkte Kontrolle der Banken schränke ihren Handlungsspielraum ein, umfasst den Kern der Antworten; gerade in Rezessionszeiten ... sei aber die erfolgreiche Tätigkeit der Banken von grosser Bedeutung.»

VOX-Analyse

Unterschlupf zu bieten». Wenn der Stimmbürger trotzdem nein stimmte, dann wusste er eben, dass es bereits wirksamere gesetzliche Mittel als die vorgeschlagenen gibt, um diese Missstände zu bekämpfen.

Aus diesem durch provokative Fragen verursachten Teilergebnis der Umfrage einen mangelnden Informationsstand abzulesen ist absurd. Genau das Gegenteil ist der Fall, der Stimmbürger wusste sehr wohl, worum es ging.

Zweifellos handelte es sich um eine anspruchsvolle Vorlage, wie bei anderen Abstimmungsgeschäften auch. Der Informationsstand war nicht besser und nicht schlechter als bei vergleichbaren Urnengängen. Die Bankeninitiative als «Opfer» eines mangelnden Informationsstandes darzustellen, wie dies eine Zürcher Tageszeitung anzeigte, verrät klar die politischen Absichten: Die Unterlegenen sollen zu verhinderten Gewinnern umfunktioniert werden. Derartige Fehlinterpretationen sind eine Ohrfeige für den Stimmbürger, der dank seinem Urteilsvermögen letztlich die Absichten der Initiaten wohl durchschaute.

Herausgabe und Redaktion: Presse- und Informationsstelle der Schweizerischen Bankgesellschaft, Bahnhofstrasse 45, 8021 Zürich.

Gewinnen die Verlierer? oder



Das verdrehte Abstimmungsergebnis

«Der Volksentscheid ist eine Ohrfeige für alle diejenigen, die aus unserem Land einen Schnüfflerstaat machen wollten. Seltsamerweise scheint dies jedoch die Regierung nicht sehr zu beschäftigen, legte sie doch kürzlich im Rahmen der Bankgesetzrevision eine Traktandenliste vor, die in mehreren Punkten nahe an die Forderungen der Bankeninitiative herankommt ...»

Egon P. Zehnder
in der «Züri Woche», 9. 8. 84



Geh't um Solothurnisches, oder gibt Nationalrat Dr. Franz Eng (Günsberg SO), rechts, seinem die erste Legislaturperiode absolvierenden Fraktions- und Kantonskollegen Christian Wanner (Messen), links, etwas aus seinem reichen Erfahrungsschatz als langjähriges Parlamentsmitglied und ehemaliger Präsident der grossen Kammer mit auf den Weg? (Photo ruti)

Fortsetzung von Seite 1

sondern der Wegweiser in eine positive Zukunft.

Zum Erfolg einer Partei gehören aber nicht nur programmatische Aussagen und darauf aufbauend eine profilierte Politik, sondern auch die innere Geschlossenheit. Und dabei dürfen wir auf uns stolz sein. Wir sind diejenige Partei, die wohl die grösste innere Geschlossenheit aufweist. Sicher, auch wir haben unterschiedliche Meinungen. Glücklicherweise, bin ich geneigt zu sagen. Denn dies gehört ja zum Wesen einer liberalen Partei. Aber wir haben weder Flügelkämpfe noch personelle Auseinandersetzungen. Wir können und dürfen Flagge zeigen. Wir können uns dem Wähler präsentieren, ohne das Gesicht zu verlieren oder die parteiinternen Auseinandersetzungen zu vertuschen.

Politik nicht à la SP

Wir haben es auch nicht nötig, eine «schampar» unbequeme Politik zu betreiben, deren sich die SP rühmt. Wobei sich allerdings diese Unbequemlichkeit nur darin äussert, dass das ohnehin nicht einfache parlamentarische Prozedere durch unnötige Namensabstimmungen zusätzlich belastet wird. Wir gehen auch nicht ins Ausland wallfahren oder verbrüder uns mit Genossen, die die Menschenrechte mit Füssen treten und die Grenzen mit Selbstschussanlagen gegenüber den eigenen Landsleuten sichern. Wir haben es aber auch nicht nötig, verdiente Parteimitglieder in kantonalen und städtischen Exekutiven «abzuschliessen» und sie unter dem Einfluss eines ideologisch verbrämten Flügels nicht mehr zur Wahl vorzuschlagen. Wir rügen auch unsere Parteimitglieder nicht und machen sie auch nicht zum Gegenstand einer politischen Sondersitzung, wenn sie eine von der Parteilinie abweichende Abstimmungsempfehlung vertreten. Solche inquisitorischen Neigungen erscheinen uns mit politischer Toleranz unvereinbar.

Leserbriefe

Zum neuen Eherecht

Plakativ und reduziert auf Worte wie «eherechthch und -feindlich, unternehmerfeindlich» verteidigt in der letzten «Freisinn»-Ausgabe Frau Nationalrätin V. Spoerry-Toncati, Horgen, das neue Ehe- und Güterrecht. Die folgende Replik reduziert sich, obwohl sehr viel zu entgegenwäre, auf die unverzeihlichen Irrtümer:

1. Weil in den meisten Ehen das vorhandene Vermögen während der Ehe geäufnet wurde (Errungenschaft), ist durch die neuen güter- und erbrechtlichen Quoten die Unternehmensnachfolge nochmals erschwert. Richtig gesehen sind deshalb die Manövriermöglichkeiten eines jeden Unternehmers reduziert.

2. Art. 164 schafft eine Art Hausfrauennlohn, welchem wohl gewisse Schranken beigegeben sind, doch bleibt dieser inhaltlich völlig offen. Vorweg bringt dieses Institut bei den meisten Selbständigerwerbenden Probleme der Eigenfinanzierung und Liquidität, im Endergebnis aber auch wieder in der Nachfolgefrage. Das neue Institut ist aber auch prozessual völlig unpraktikabel. Gewinn, ob betriebswirtschaftlich, handels- oder steuerrechtlich gesehen, ist eine lenkbare Grösse. Seine Ermittlung braucht Fachkenntnisse, die nicht durch eine juristische Ausbildung allein abgedeckt sind.

90% unserer Bevölkerung gehören zu den Unselbständigerwerbenden. Dennoch bedeuten die Selbständigerwerbenden einen sehr relevanten Teil. Wirtschaftlich gesehen bringt ein derartiges Eherecht Breitenwirkungen, die auch Unselbständigerwerbende (mittelbar) betreffen. Man sollte sich auf die viel gerühmten Rahmenbedingungen (zeitig) besinnen. Hier hätte man durch die Revision des bestehenden Rechtes wesentlich mehr erreicht.

Dr. B. Eugster, St. Gallen

Zur Eherechtsdiskussion

Im Vorfeld zu abstimmungsträchtigen Vorlagen ist es erstrebenswert, mit Sachlichkeit und Klarheit zu fechten. Auf Grund meiner Erfahrungen neige ich eher zu einer Ablehnung des neuen Eherechtes, und ich weiss, dass sehr viele Mitbürger ähnlich empfinden. Ich bin nicht gegen viele der Neuerungen, im Gegenteil.

Meine Ablehnung gründet sich daraus, dass das Ehescheidungsrecht in die Revision nicht mit einbezogen wird. Wenn schon Gleichstellung, dann ganz. Gleichstellung möglichst bald, angesichts einer Scheidungsziffer, die in absehbarer Zeit um die 50% liegen wird.

Das Ehescheidungsrecht und das Ehegüterrecht hängen eng zusammen. Eine Gleichstellung im Güterrecht bedarf einer Gleichstellung im Scheidungsrecht und umgekehrt.

Die Gerichtspraxis zeigt, dass in der Scheidungssituation die Ehe nur noch als Wirtschaftsgemeinschaft erfasst wird.

Dabei spielen die Artikel 151 und 152 ZGB eine bedenkliche Rolle. Diese Artikel lassen sich als «Wirtschaftsartikel der Ehescheidung» bezeichnen. Leider und nur aus der Geschichte zu verstehen sind diese Artikel, welche die wirtschaftlichen (finanziellen) Verhältnisse regeln, an die Schuldfrage geknüpft. Wenig Folgen hat diese Tatsache bei kinderlosen Ehepaaren unter 35 Jahren. Bei Ehepaaren mit Kindern, die sich nicht oder nur teilweise einig können (Konvention), spielt das Ermessen der Richter.

Da werden dann aus Unschuldigen Schuldige gemacht, Gefühle und Rechte missachtet, dies allein der finanziellen Folgen wegen (Fürsorgeausgaben des Staates).

Mir ist aus meiner Beratungspraxis kein Fall bekannt, in dem hier zugunsten

des Mannes entschieden worden ist, unabhängig davon, was die Ehefrau alles tat, und zwar mit Einschluss der Missachtung absoluter Scheidungsgründe wie Ehebruch, Bedrohen des Lebens mit Waffen und so weiter. Umgekehrt werden solche Verhalten den Männern übermässig angelastet.

Unsere schweizerische Scheidungspraxis erscheint mir weit entfernt von Gerechtigkeit, wie sie Peter Noll in Diktaten über Leben und Tod beschreibt, noch weiter entfernt von der heutigen sozialen Wirklichkeit, vor allem in dicht besiedelten Gebieten.

Das krasse Ungleichgewicht zulasten der Männer (Schonung der Staatskassen, der Steuerzahler und der Frauen) in etwa 4000 von 12 000 Scheidungsfällen pro Jahr – vorwiegend zulasten von Männern aus dem «Mittelstand» (Unternehmer, Gewerbetreibende, mittlere und höhere Kader, Juristen, Ärzte, Lehrer usw.) – soll noch weiter verschärft werden durch die Errungenschaftsbeteiligung, welche die Zweidrittelbeteiligung des Mannes am Vorschlag ablösen wird.

Selbst bei Gütertrennung (und wer denkt in jungen Jahren, anlässlich der Eheschliessung, bereits an Scheidung) bleibt die erwähnte Schuldfrage bestehen. Das Scheidungsrecht soll im Zustand von 1907 belassen werden; diese Tatsache zeigt deutlich, dass hier eine Gleichstellung weder erwünscht (Frauenorganisationen) noch als möglich (wirtschaftliche Folgen) erscheint. Das damit eng verbundene Güterrecht darf darum vorerst nicht Rechtswirklichkeit werden. Die finanziellen Randbedingungen sind noch nicht gegeben. Ein neues Ehegüterrecht darf nach meiner Ansicht nur zusammen mit einem darauf abgestimmten neuen Ehescheidungsrecht, ohne die durch unsere Gerichtspraxis verborgenen Begriffe «schuldlos» und «schuldlos», vorgelegt werden. Die vielen noch offenen Fragen und die Scheidung jeder zweiten Ehe werden die gesellschaftliche Verunsicherung, die zunehmende Bindungsangst und die soziale Verzerrung eher fördern und vermehrt zu Konkubinat und konkubinatsähnlichen Verhältnissen führen.

Gerade wegen des neuen Eherechtes werden sich Partnerschaftsformen finden, die auch Männern eine eher angstfreie Zukunft versprechen (Angst vor materiellem und ideellem Verlust, Unterdrückung und Erpressung). Mittlere und höhere Kader werden sich für die Dauer eines Konkubinates ein Lohn-Splitting leisten, Geschäftsleute eine Haushälterin anstellen und so weiter.

Moralische und ethische Bedenken lösen sich auf. Die Treue (finanzielle?) bis zum Tod wird ersetzt durch Beziehungen, die aus täglicher Freiheit auf Dauer angelegt sind, Selbstverantwortung zulassen und die Härte des Lebens tragen und ertragen.

Ein Eherecht mit der Öffnung in das 21. Jahrhundert, enthaltend ein Ehescheidungsrecht mit der Moral des ausgehenden 19. Jahrhunderts und eine materialistische Gerichtspraxis aus der Mitte dieses Jahrhunderts, fast ohne Rechtsethik und Philosophie. Mir scheint das doch ein recht ansehnliches Paket.

Ich bin überzeugt davon, dass es sich lohnen wird, die gegenwärtige Eherechtsrevision in zwei Teilen zu verabschieden: Teil 1: Die Eheschliessung und die Wirkungen der Ehe im allgemeinen; Teil 2: Das Güterrecht der Ehegatten. Eine solche Teilung schafft hüben und drüben Klarheit.

Kurt Steudler, Emdthal

Neuer Kleber des «Forums Jugend und Armee»

Das «Forum Jugend und Armee», ein Verein junger Schweizerinnen und Schweizer, die sich für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik mit einer starken Armee einsetzen, ist kürzlich mit einem neuen Kleber an die Öffentlichkeit getreten. «Ich leiste Militärdienst – Ich diene dem Frieden» ist der Slogan, mit dem das «Forum» aufzeigt, dass die grösste Friedensbewegung in der Schweiz nach wie vor die Armee ist.

Mit Informationsblättern, der Broschüre «Tips für die RS» (schon an über 100 000mal angehenden Rekruten verteilt), Flugblättern und Informationsbroschüren versucht das Forum Jugend und Armee, bei der Jugend um Verständnis für die Anliegen unserer Landesverteidigung zu wecken.

Der Kleber ist gegen einen Unkostenbeitrag von 50 Rappen pro Stück (Durchmesser 10 cm) beziehungsweise 20 Rappen (Durchmesser 4,5 cm) zu beziehen beim Forum Jugend und Armee Zürich, Postfach 4986, 8022 Zürich.

WUNDER

erwarten Sie bitte nicht, doch unsere Kenntnisse und unsere langjährige Erfahrung, stellen wir Ihnen voll zur Verfügung. Wir sind drei Damen und wir wollen Sie seriös und individuell beraten. Verlangen Sie bitte die Unterlagen.

Introduction
EHE-PARTNERWAHLINSTITUT
FÜR ANSPRUCHSVOLLE
Frau M. Th. Kläy
Neugasse 45, 3001 Bern
Telefon 031/22 21 12
(Überregional/ International)
(Staatlich eingetragen seit 1956)

Abstimmungsparolen der FDP der Schweiz

Initiative «für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke» (Atom-Initiative)

Nein

Initiative «für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung» (Energie-Initiative)

Nein

KABA STAR - kopieren gesetzlich verboten.



BAUER KABA AG
Postfach, 8620 Wetzikon 1
Tel. 01/931 61 11

Wer KABA STAR-Schlüsselkopien unbefugt herstellt, macht sich strafbar. KABA STAR-Duplikate dürfen nur vom Werk und nur gegen Unterschrift der bezugsberechtigten Personen angefertigt werden. Das ist gesetzlich festgelegt. Durch in- und ausländische Patente. KABA STAR ist das Schliess-System, bei dem Sie ein wirklich sicheres Gefühl haben können. Auf lange Sicht. Mehr erfahren Sie bei Ihrem Beschläge- oder Eisenwarenhändler.

KABA STAR. Denn Sicherheit beginnt beim Schloss.

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 23. September 1984

Wollen Sie die Volksinitiative «für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke» annehmen?

Antwort
Nein

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 23. September 1984

Wollen Sie die Volksinitiative «für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung» annehmen?

Antwort
Nein

Schweizerisches Aktionskomitee 2 x NEIN - CVP, FDP, SVP

Wer trinkt, wird alt – wer säuft, stirbt bald

Deutsches Sprichwort

Wer den Wein, dieses köstliche Naturgeschenk, im Übermass zu sich nimmt, der weiss ihn nicht richtig zu schätzen. Der echte Weinfreund aber erkennt, dass sich ihm dieses edle Getränk im bedächtigen, massvollen Genuss voll offenbart. Ihm ist aber auch jede Flasche schon lieb, lange bevor er sie entkorkt: wenn er sie sorgfältig auswählt und liebevoll in seinem Keller bettet.

Für jeden Weinfreund sind wir gerne tätig. Ihm gehört unsere Generation langer Erfahrung (unser Haus ist seit über 200 Jahren dem Wein verbunden).

Rufen Sie uns an Tel. (043) 21 20 81), oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wi-Büchli» – eine köstliche Lektüre für jeden Weinfreund.

St.-Jakobs-Kellerei
Schuler & Cie. AG
Schwyz und Luzern
Franzosenstrasse
6423 Seewen Schwyz

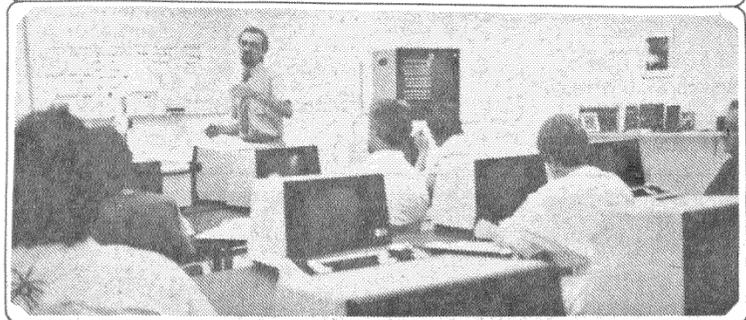
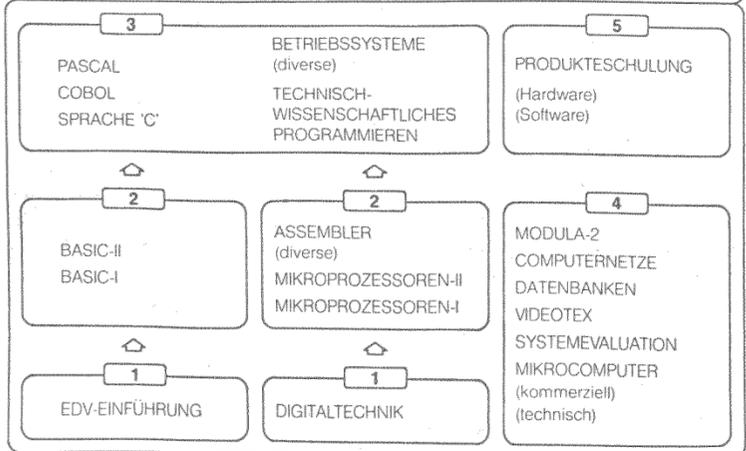


Boesch
Gartenbau 01 53 04 80
die sympathische
Gartenpflege

Villiger-Kiel

ghört dezue

COMPUTERSCHULE CSZ AG ZÜRICH



PRODUKTE- UND SYSTEMNEUTRALES AUSBILDUNGSZENTRUM
FÜR INDUSTRIE, GEWERBE UND EINZELPERSONEN
Siewerdstrasse 9 8050 Zürich Telefon 01 311 30 80

OSTSCHWEIZ

Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre

Grill-Room · Rôtisserie

P. Muse-Emlison, beim Bahnhof Tel. (071) 23 35 35 Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur de la Confrérie de la Chaîne des Rôtisseurs

Charly's Rôtisserie
Gartenrestaurant
Seeterrasse beheizt
Delphin-Bar
Seminar-Departement

Grosser Dachgarten
mit geheiztem Schwimmbad
Hot Whirl Pool - Sauna - Fitness
Grosser Parkplatz

ASH *****
AMBASSADOR SERVICE HOTELS

HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE
CH-320 Arbon Tel. 071 46 35 35 Telex 77247 Dir. Charles Delway

Wir besorgen
alle Arbeiten,
die für Sie als Bauherr
anfallen - als Ihr
Geschäftsführer auf Zeit.

Spaltenstein
LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH
TEL. 01 3161310, TELEX 822621 (SBM)

Werner F. Nauer
Beratungen

- Rekrutierung/Selektion
leistungswillige Nachwuchskräfte, Kader,
Verkaufleute
- Eignungsuntersuchungen

Rüdenplatz 4 8001 Zürich Tel. 471515

Am Gallusplatz
Restaurant gastronomique
9000 St. Gallen
(vis-à-vis Kathedrale)
H. J. Sistek, (071) 23 33 30

Cuisine du marché
Eigene Kreationen

Das führende Haus mit Ambiance
(erbaut 1606 - restauriert 1974)

Täglich 11.00 bis 14.30 Uhr
18.00 bis 22.00 Uhr

Montag geschlossen

Rôtisserie - Restaurant
Gewölbekeller für Gesellschaften

Kalt und dunkel?

Schon heute beziehen wir aus den vier Kernkraftwerken Beznau I und II, Mühleberg und Gösgen 28% unseres Strombedarfes. Nach der Inbetriebnahme von Leibstadt werden es 40% sein, in einzelnen Landesgegenden sind es heute schon rund 50%. Auf diesen Strom sollen wir verzichten?

Gemäss Atom- und Energieinitiative dürfen neue Werke nicht gebaut und die bestehenden nicht ersetzt werden. Bereits 5% weniger Strom bringen unsere Wirtschaft in Schwierigkeiten und gefährden Arbeitsplätze.

- Wollen wir
- noch stärker von den Ölscheichs abhängig sein?
 - auf die ganz und gar nicht umweltfreundlichen Kohlekraftwerke umschwenken?
 - aus unseren Bächen und Flüssen noch den letzten Rest herauspressen?
 - dass es in unseren Stuben kalt und dunkel wird?

Zu derartigen «Alternativen» sagen wir am

23. September 1984

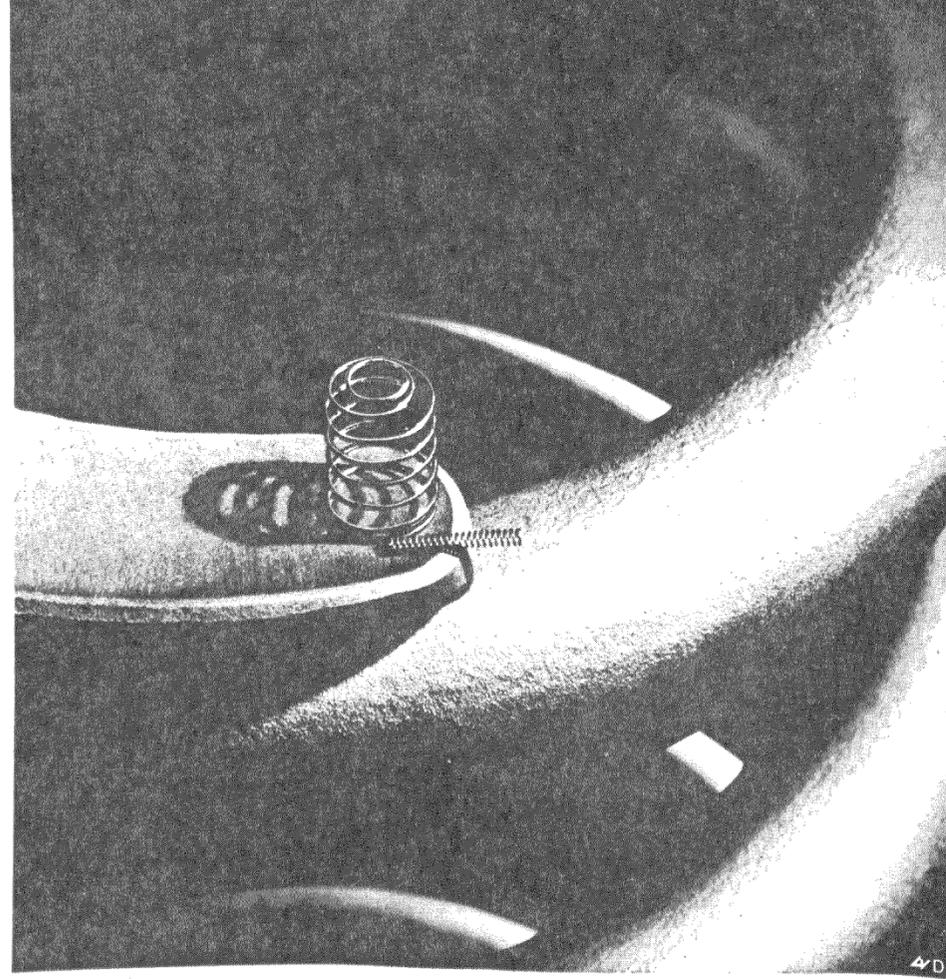
2xNein

Nein zur Atominitiative
Nein zur Energieinitiative

Schweizerisches Aktionskomitee gegen die masslosen Atom- und Energieinitiativen
Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP)
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Schweizerische Volkspartei (SVP)

FEDERN

in jeder Grösse für jede Verwendung



Baumann & Cie. AG
8630 Rüti/Zürich, Schweiz
Telefon: (055) 86 12 12

de luxe
Hotel Kindli
Zürich

- Das komfortable 4-Stern-Hotel an der Ecke Pfalzgasse/Rennweg
- Parkhaus Urania 3 Min. entfernt
- Jeden Abend Top-Music-Show mit der 10-Mann-Kindli-Band beim Candlelight-Dinner

Bitte Tischreservierung Telefon Hotel: 01/211 59 17
Telefon Restaurant: 01/211 41 82
Telex: 812426

Hotel
waldhaus
Dolder
Zürich

- Gemütliche Ecken für Feiern im kleinen Kreis
- Gepflegtes Terrassen-Restaurant
- Freundliche Räume für Konferenzen und Familienanlässe

Genügend Parkplätze
Tiefgarage gratis
Dolderbahn ab Römerhof
Hotel-Restaurant
Waldhaus Dolder
Kurhausstr. 20, 8030 Zürich
Tel.: 251 93 60

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Eine Institution stellt sich vor

Schweizer Berghilfe – warum?

Die Schweizer Berghilfe (SBH) will mithelfen, die Existenzbedingungen der Bergbevölkerung zu verbessern, indem sie an ausgewählte Bau-, Sanierungs- und Beschaffungsvorhaben Beiträge ausrichtet und die Schulung der jungen Bergbauern für ihre besondere Aufgabe und insbesondere für die Selbsthilfe unterstützt. Der Geschäftsführer der SBH, Marcel Peier, erläutert Ziele und Arbeitsweise dieser gemeinnützigen Institution:

Vorerst stellt sich die Frage: Was gehört zum Berggebiet? Man behält sich zuerst mit der Höhenkurve 800 Meter, musste aber rasch einsehen, dass sie nicht befriedigte. Um gewisse Ungerechtigkeiten auszumerzen, wurden in einem späteren Zeitpunkt vier Höhenzonen sowie die voralpine

Personelles: Die Schweizer Berghilfe arbeitet mit einem Verwaltungsaufwand von 3 bis 4 Prozent von den Gesamteinnahmen. Diese beachtliche Leistung ist möglich, weil wir die Geschäftsstelle mit einem Minimum an Personal bestückt haben, und zwar: ein vollamtlicher Geschäftsführer, eine Mitarbeiterin für 3 Tage pro Woche, welche das Beitragswesen überwacht und bearbeitet, sowie eine Sekretärin, welche ebenfalls für 3 Tage pro Woche angestellt ist. Als Experten, welche jeden Gesuchsteller zu besuchen haben, stellen sich der Präsident sowie 19 Vorstandsmitglieder ehrenamtlich und unentgeltlich zur Verfügung.

Hügel- und die Übergangszonen festgelegt. Die beiden letzteren sind nicht Teile des Berggebietes, sondern ihm vorgelagert. Diese Einteilung in Zonen bildet die Basis für die Bundessubventionen und ist für die Betroffenen daher von enormer finanzieller Bedeutung.

Schmale Existenzgrundlage
Trotz namhaften Zuschüssen der öffentlichen Hand ist die Existenzgrundlage vieler Bergbauern noch heute äusserst schmal. Ihre Arbeit ist besonders hart, weil sie unter den ihnen von der Natur auferlegten Erschwernissen leben müssen: karger Boden, kurze Vegetationszeit, Steilheit und Unwegbarkeit des Geländes, Abgeschiedenheit, Bedrohung durch Lawinen, Wildbäche, Steinschläge und Erdbeben. Bei den natürlichen und klimatischen Unterschieden sind die niedrigeren Arbeitsverdienste von rund 60% gegenüber dem Talbetriebeinkommen eigentlich nur eine logische Folge.
Das Leben der verbliebenen jungen Bergbauern ist von Existenzsorgen geprägt. Diese Situa-



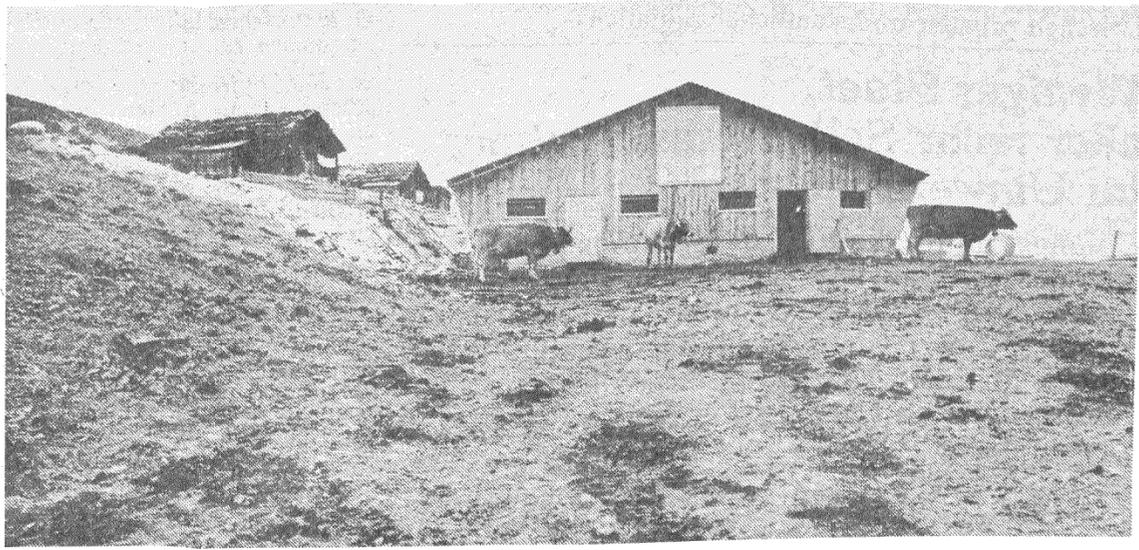
Man sieht es: hier wird nicht der Fassade zuliebe gebaut, sondern im Innern des alten Hauses musste die Raumeinteilung heutigen Bedürfnissen angepasst werden, und das hat nun in einer Asymmetrie der Fenster seinen Ausdruck gefunden. Hauptsache ist, die fünfköpfige Familie des Valsertaler Bergbauern hat nun genügend Wohnraum, und ein wärschaftes Haus ist vor dem Zerfall gerettet. – Die Schweizer Berghilfe unterstützte das erfreuliche Erneuerungswerk.

tion besagt aber keineswegs, dass unsere Bergbauern nicht neben dem Ziel der Existenzsicherung auch Vorstellungen haben wie alle anderen Menschen, z. B. von normalen Arbeitsbedingungen, sozialer Anerkennung und Sinnerfüllung ihrer Arbeit. Nur ist der Spielraum für die Bergbauern dafür sehr klein. Auch Nebenbeschäftigungen an Skiliftanlagen und ähnlichem führen zu sehr langen Arbeitstagen. Der Bergbauer steht am Ende der Einkommensrangliste, und darunter leidet auch die soziale Anerkennung. Dafür betreibt er aber Landschaftspflege, hält alte Ställe instand, verhindert Rutschungen und hilft mit, unsere Alpregion bewohnt und erschlossen zu halten.

Wer kann da etwas dagegen haben, wenn wir fordern, dass auch eine Bergbauernfamilie Anspruch auf wohnliche Behausung hat? Es mangelt noch mancherorts an bescheidensten Haushaltseinrichtungen und hygienischen Installationen. Die Schweizer Berghilfe hat allein im Jahr 1983 rund 200 Wohnsanierungen mitfinanziert. Sie hat an Stallsanierungen, Neu- und Ausbauten, Verbesserungen und Einrichtungen usw. über 160 Projekte mitfinanziert. Auch Erschliessungen durch geeignete Flurstrassen sind heute notwendig. Die SBH hat auch hier im Jahr 1983 für über 60 Erschliessungsprojekte Beiträge ausgerichtet.

Ziele der Berghilfe
Die Schweizer Berghilfe sieht sich nicht als Institution zur Förderung von umfassenden Entwicklungsplanungen der Landwirtschaft im Berggebiet und der damit einseitigen Bemühungen um Rationalisierung, sondern sie bezweckt gemäss Art. 2 ihrer Statuten, auf gesamtschweizerischer Ebene die Lebensbedingungen im Berggebiet zu verbessern. Sie will vor allem der Berglandwirtschaft beistehen und die Selbsthilfe der Bergbauern fördern. Damit soll vor allem der Abwanderung entgegen gewirkt werden. Ihren Zweck sucht die SBH zu erreichen durch:

- Beschaffung finanzieller Mittel (Spenden und Legate)
- Leistung finanzieller Beiträge an Restkosten verantwortbarer



Die grosse Alp von Lumbrein im Lugnez GR musste von Grund auf erneuert werden, denn die alten Unterkünfte für Alppersonal und Vieh waren unzumutbar geworden. Vergangenen Sommer konnte der neue Alpstall bezogen werden. Eine Melkanlage in Verbindung mit einer Pipeline zur Dorfsennerei ermöglicht eine gute Milchverwertung. Damit ist die Weiterexistenz der Alp gesichert. Die Förderung der Alpbesserungen ist der Schweizer Berghilfe ein besonderes Anliegen, bilden doch die Alpweiden – sie umfassen rund ein Viertel der Oberfläche unseres Landes – einen unentbehrlichen und ursprünglichen Bestandteil unserer Berglandwirtschaft.

Bauvorhaben in Berggebieten, sofern sie der Berglandwirtschaft dienlich sind

- Zuweisung eingereichter Gesuche bestimmter Fälle an die zuständigen Organisationen (umfassende Zusammenarbeit mit artverwandten Organisationen mit gleicher oder ähnlicher Zielsetzung)
- Leistung von finanziellen Beiträgen an Kurskosten, mit denen die Ausbildung der Bergbauernfamilien in der Selbsthilfe gefördert wird.

Hilfe, gepaart mit Willen zur Selbsthilfe

Damit richtet die SBH pro Jahr über 6 Millionen Franken Beiträge an Familien, Korporationen, Genossenschaften und Gemeinden aus und behandelt jährlich weit über 700 Fälle. Der finanzielle Beistand der SBH muss gepaart sein mit dem Willen zur Selbsthilfe. Dies spielt eine besonders wichtige Rolle bei der Lösung der Bergprobleme. Die Hilfe aus dem Unterland soll dem Bergbauer die Möglichkeit offenlassen, eigene Ideen zu verwirklichen und selbst Hand anzulegen. In der Regel kann Selbsthilfe nur dann erfolgreich geleistet werden, wenn eine Ausbildung durch Fachleute die nötigen Grundlagen geschaffen hat. Zu diesem Zweck sind Kurse für Schreiner-, Holzbau- und Maurerarbeiten organisiert worden.

Diese Bemühungen zur Förderung der Selbsthilfe werden von der Schweizer Berghilfe finanziell unterstützt. Es ist ein Anliegen der SBH, vor allem dort Beiträge auszurichten, wo Bergbetriebe bei gewissen Verbesserungen echte

Fast täglich erreichen die Schweizer Berghilfe Briefe von Bergbewohnern, in denen spontane Freude und Dankbarkeit für die Unterstützung ihres Anliegens zum Ausdruck kommen. Die SBH dankt allen Spendern und Gönnern, die helfen, dass die SBH helfen kann, und die mit ihrer Spende Vertrauen in die Arbeit der SBH bezeugen. Die SBH braucht auch Ihre Unterstützung und Ihre Hilfe. Ihr Beitrag zählt – jede Spende ist willkommen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Existenzchancen bieten und wo die Nachfolge in der Betriebsleitung nach menschlichem Ermessen sichergestellt ist.

Wo die SBH nicht hilft

Die Hilfe der SBH kann nur dort gewährt werden, wo das Bauvorhaben vom Betrieb verkraftet werden kann. Sie richtet im allgemeinen keine Beiträge aus:

- bei Vorliegen überdimensionierter Pläne oder in Fällen, wo eine untragbare Belastung für den Betrieb eintreten könnte
- wenn das Gesuch sich auf die Gewährung von allgemeinen Be-

triebszuschüssen oder von Beiträgen für Schuldentilgung bezieht

- für den Kauf oder die Über-

Sammlung Schweizer Berghilfe 1984, PC 80 - 32443 Zürich

nahme eines Betriebes (hier bestehen sehr lange Wartelisten von gutausgewiesenen und fachlich geschulten Kräften, so dass eine Unterstützung durch die SBH nicht nötig ist)

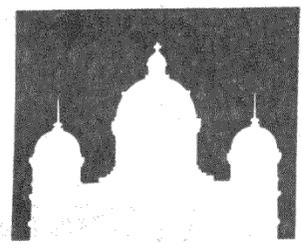
- für die Finanzierung von Vorhaben des Heimatschutzes oder der Denkmalpflege.

Reine Fürsorgeanliegen fallen nicht in den Aufgabenbereich der SBH. Es ist besonders nicht Sache

der SBH, dort einzuspringen, wo Belastung und Verschuldung infolge unsorgfältiger Kostenberechnung oder wegen unseriöser Finanzplanung entstanden sind.

Die SBH legt besonderen Wert darauf, dass vor ihrer Beteiligung an der Finanzierung alle eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Beitragsmöglichkeiten (Subventionen) ausgeschöpft wurden. Lediglich wenn Bauvorhaben zwar zur Subventionierung angenommen, doch auf eine Warteliste gesetzt werden (dies kann bis zu 5 Jahre dauern), kann die SBH mit ihren Beiträgen die Schuld- und Zinsenlast mildern und dadurch die auf Darlehen angewiesenen Bergbauern entlasten.

Dank Zusatzaufgabe günstiger!



**60 JAHRE
EIDGENÖSSISCHE
POLITIK**

Ein Beitrag zur
Parteigeschichte
des schweizerischen
Freisinns
von Dr. Eugen Dietschi
alt Ständerat, Basel

Über die Geschichte der schweizerischen Parteien liegen relativ wenige Dokumentationen vor. Ein Mangel, der schon verschiedentlich bedauert wurde. Als erste Partei kann die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) eine ausführliche Parteigeschichte bis zur Gegenwart präsentieren: Nachdem der langjährige Generalsekretär, Dr. Ernst Steinmann, 1955 seine (vergriffene) «Geschichte des schweizerischen Freisinns» veröffentlichte, legt nun alt Ständerat Dr. Eugen Dietschi den zweiten Teil der Parteigeschichte ab 1919 vor. Im Untertitel nennt der Verfasser sein Buch einen «Beitrag zur Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns». In Wirklichkeit ist es eine auf gründlicher Quellenforschung und zum grössten Teil eigenem Miterleben gestaltete Darstellung der ereignisreichen Jahrzehnte, die in den Rezensionen in der Presse positiv gewürdigt wurde und auf lebhaftes Echo stiess.

Ich bestelle... Ex. «60 Jahre eidgenössische Politik» (Dietschi) zum Preis von je Fr. 28.- (statt 38.-) inkl. Porto und Verpackung

Ich wünsche

signiert

nicht signiert

Name, Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte einsenden an FDP der Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern

Zwischen privater und staatlicher Initiative

Weniger Staat, aber mehr Selbstverantwortung im Umweltschutz

Unlängst führte die FDP des Kantons Zürich eine überaus erfolgreiche Umweltagung unter Beizug prominenter Referenten durch. «Der Freisinn» hat Dr. Robert Chanson gebeten, seine Ausführungen über die Delegation des Vollzugs an Private im Bereich Umweltschutz schriftlich zusammenzufassen.

Der Autor ist Sekretär der Koordinationsstelle für Umweltschutz des Kantons Zürich. Er plädiert – ganz im Sinne der FDP-Parole «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung, weniger Staat» – für eine Übertragung der Kompetenzen im Bereich des Umweltschutzes an Private.

1. Wünschbarkeit/Notwendigkeit der Vollzugsdelegation an Private im Bereich Umweltschutz

Die Privatisierung von Vollzugsaufgaben im Umweltschutz zumindest zu prüfen hat in den letzten Jahren aus verschiedenen Gründen an Aktualität gewonnen. Zu den wichtigsten zählen:

Steigende Staatsquote: Dem liberalen Wunsch nach «Mehr Freiheit – weniger Staat» steht eine überproportionale Zunahme der Staatsquote gegenüber.

Gefährdete Gemeindeautonomie: Die für unseren dezentralen Staatsaufbau wichtige kommunale Autonomie wird durch immer zahlreichere und komplexere Vollzugsaufgaben, welche die personellen, finanziellen und vor allem fachlichen Möglichkeiten der Gemeinden übersteigen, zunehmend gefährdet.

Drohendes Vollzugsdefizit: Engpässe, verursacht durch Personalstopp und Finanzplafond einerseits, sowie die Fülle von (neuen) Umweltschutzaufgaben andererseits lassen die Befürchtung aufkommen, ein Defizit im Umweltschutzvollzug sei unvermeidlich.

Sanierungen als mittelfristige, nicht wiederkehrende Aufgabe: Zu den wichtigsten und wahrscheinlich anspruchsvollsten Aufgaben beim Vollzug des Umweltschutzgesetzes (USG) zählen die Sanierungen bei übermässigen Immissionen. Gemäss den bereits darüber vorliegenden Angaben muss man davon ausgehen, dass die Sanierungen in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren zu erfolgen haben. Nach Ablauf dieser Periode ist nur vereinzelt mit neuen sanierungswürdigen Situationen zu rechnen.

2. Zulässigkeit der Vollzugsdelegation an Private aus rechtlicher Sicht

Die Delegation von Verwaltungsbefugnissen an Private muss gerade in einem demokratischen Rechtsstaat an klare Bedingungen geknüpft sein: Die Delegation bedarf der gesetzlichen Grundlage. Zumindest in Teilbereichen (z. B. bei der Gebührenerhebung) muss die private Organisation öffentlich-rechtlich geordnet sein – ihre Funktion darf nicht ganz der privaten Initiative überlassen werden! Unerlässlich bleibt eine staatliche Oberaufsicht. Die Gleichberechtigung aller Bürger muss gesichert sein (z. B. sollten alle gleichen Zugang zu wichtigen Dienstleistungen wie das Telefon haben).

3. Möglichkeit der Vollzugsdelegation an Private gemäss Umweltschutzgesetz (USG)

Das USG enthält neben einer allgemein gehaltenen Ermächtigung (USG 43) lediglich zwei konkrete Verweise zur Delegation von Vollzugsaufgaben:

- Beseitigung von Abfällen (USG 31 Abs. II);

- Selbstkontrolle bei umweltgefährdenden Stoffen (USG 26 Abs. II).

4. Delegationsfähige Vollzugsaufgaben

Allen Unkenrufen zum Trotz werden besonders in der Schweiz öffentliche Aufgaben häufig an Private übertragen (z. B. in den Aufgabenbereichen Sozialversicherung, Verkehr, Berufsbildung sowie ausserdienstliche militärische Fortbildung). Im Umweltschutz wäre die Übertragung von folgenden Kategorien von Vollzugsaufgaben auf Private denkbar:

- Erarbeitung von Ausführungsvorschriften (z. B. Normalien/Richtlinien durch Fachverbände);
- Kontrolle/Überwachung (z. B. Tankkontrolle durch Fachgewerbe);
- Dienstleistungen (z. B. Container- und Transportdienst beim Glasrecycling durch Fuhrunternehmen);
- Information/Schulung (z. B. Fachausbildung durch Branchenorganisation).

5. Beispiele von verwirklichten Delegationen im Umweltschutz

Auch zur Erfüllung von Umweltschutzaufgaben wurde bereits in zahlreichen Fällen der Vollzug Privaten übertragen – je ein Beispiel aus Bund, Kanton und Gemeinde mögen dies belegen:

- Ausbildung von Vollzuspersonal durch Fachverband;

Flexibilität contra Geist der Gleichschaltung

Arbeitszeitverkürzung fördert Schwarzarbeit

In jedem Arbeitnehmer steckt nicht nur ein Pensionär, sondern auch ein Unternehmer. Vom Betrieb will er die soziale Sicherheit und von der Freizeit die Möglichkeit, am Steueramt vorbei sein Einkommen auszubauen. Das ist – überspitzt ausgedrückt – die Entwicklung, die in den Nachkriegsjahren immer deutlicher hervorgetreten ist. Was hat diesen Trend begünstigt? Eine Antwort von Dr. Egon P. S. Zehnder, Unternehmensberater, Zürich

Natürlich sind es verschiedene Faktoren, die zudem von Land zu Land unterschiedlichen Ursachen entspringen. Indessen stösst man bei genauerer Betrachtung in allen europäischen Ländern auf die zentrale Wechselwirkung von steigenden Sozialabgaben und zunehmender Freizeit. Das Opfer in diesem Verhältnis ist nahezu immer das Bruttosozialprodukt, das irgendwann mit den stramm marschierenden Bruttogehältern und den galoppierenden Sozialabgaben nicht mehr Schritt halten kann. Je grösser die Entwertung der steigenden Löhne wird, um so mehr nimmt der Anreiz zu, den Verlust ausserhalb der Einfluss-sphäre der Sozialabgaben zu suchen.

Arbeitsplätze gehen verloren

Den Unternehmern, die sowohl die Sozialabgaben als auch die Lohnzuwachsrate und die vermehrte Freizeit finanzieren beziehungsweise produzieren müssen, fehlen indessen die Chancen der Parallel- oder Schattenwirtschaft.

- Motorfahrzeugkontrolle durch kantonalen Verkehrsverband;

- Kompostierung von organischen Siedlungsabfällen einer Gemeinde durch private Verwertungsgesellschaft.

6. Zur Problematik der Delegation an Private

Beinahe jede erfolgreiche Übertragung von Vollzugsaufgaben setzt die Abklärung einer Reihe von Fragen voraus. Zu den wichtigsten gehören folgende:

- Eignet sich die Aufgabe zur Delegation?
- Sind geeignete Private überhaupt vorhanden, die an einer Übertragung interessiert sind?
- Lohnt sich die Übertragung für die öffentliche Hand auch nach einer umfassenden Kosten/Nutzen-Rechnung?
- Verfügt die öffentliche Hand auch nach der Delegation über eine ausreichende Unabhängigkeit zur Erfüllung ihres Vollzugauftrags?
- Bleiben wichtige Dienstleistungen auch bei Ausfall des Privaten gewährleistet?
- Gehen vom privaten Vollzug Wirkungen aus, die wichtigen Interessen der Allgemeinheit zuwiderlaufen?

Abschliessend seien zwei Feststellungen erlaubt:

1. Jede Möglichkeit zur Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Private muss einzeln abgeklärt werden – es können angesichts der Vielfalt der Vollzugsaufgaben keine allgemeingültigen Rezepte abgegeben werden.

2. Die FDP hat die Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Private wiederholt propagiert – überraschenderweise ist allerdings eine Vielzahl von konkreten Delegationen auf Anstoss der Verwaltung oder anderer Kreise zustande gekommen. Der bevorstehende Auf- und Ausbau des Umweltschutzvollzugs bietet nun den freisinnigen Vertretern in Parlament und Regierung mannigfache Gelegenheiten, die Delegation an Private mit konkreten Vorschlägen zu fördern.

Kohn: Nicht nur eine Energiepolitik

Es gibt auch in der Schweiz nicht nur eine Energiepolitik – die beiden Initiativen – und sonst gar nichts. Es gibt eine Palette, und wir haben die Auswahl. Die Eidgenössische Kommission für die Gesamtenergie-



kommission (GEK) kam zum Schluss, und die Vernehmlassung von 100 Organisationen, Parteien, Kantonen hat dies bestätigt, dass von den vier von der Kommission erarbeiteten und geprüften Energieszenarien die Varianten I und IV zu verwerfen sind. Die erste, weil ein Laissez-faire der Bedeutung des Problems nicht gerecht wird, und die vierte, weil darin einem übermässigen Ektismus gehuldigt wird und der energiepolitische Nutzen mit hohen finanziellen

und ordnungspolitischen Kosten erkaufte werden müsste. Szenarien II und III, also die Mittellösungen, wären nach Ansicht der GEK, des Bundesrates und des Parlaments die beiden politisch tragbaren Optionen einer schweizerischen Energiepolitik. Werden die beiden Initiativen oder auch nur eine davon angenommen, dann bewegen wir uns endgültig in Richtung Szenario IV. Dann sind die Würfel gefallen, die Energiepolitik ist festgeschrieben. Es gibt dann kein Zurück mehr. Werden sie beide abgelehnt, dann ist die Option zwischen den beiden Mittellösungen noch offen: marktwirtschaftlich-föderalistische Politik oder eine mit temperiertem, massvollem Energieartikel.

Im Sommer der Olympischen Spiele kann man die heutige Energiesituation der Schweiz auch mit einem Leichtathletik-Meeting vergleichen: Jahrzehntelang bewegte sich die Energiepolitik auf Bahn 1, dem Szenario des Marktes und des Laissez-faire. Heute sind wir auf Bahn 2 hinübergeschwenkt. Braucht es noch mehr Eingriffe, so könnte die Energiepolitik auf Bahn 3 hinüberwechseln. Die Initiativen würden dazu führen, dass wir auf Bahn 4 laufen. Am Schweizervolk ist es, zu entscheiden, ob wir auf den mittleren Bahnen oder auf der Aussenbahn laufen wollen.

GEK-Präsident Michael Kohn vor dem FDP-Presseressort

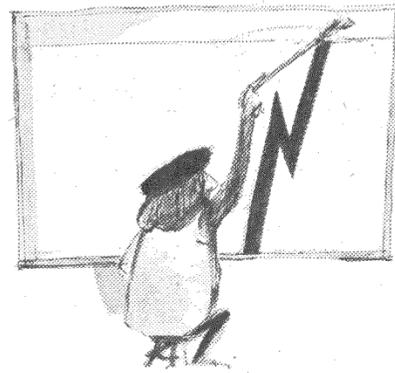
der-Stunde sein sollte, regt sich in den Gewerkschaftskreisen der Geist der Gleichschaltung, des starren Rezeptdenkens. Ihre neue Arbeitskämpfstrategie ist eine Zangenbewegung: Der Ruf nach Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsplatzverschaffung einerseits und die Forderung nach Reallohnpassung ohne Einbusen für kürzere Arbeitszeiten andererseits. Wie es aus der Mitte, wenn die Zange zusammentrifft und die Unternehmen zu bluten beginnen, aussehen wird, kann man sich vorstellen. Reallohnpassung ist die traditionelle und durchaus legitime Forderung der Arbeitnehmer. Auch Arbeitszeitverkürzung ist im Prinzip ein Thema, das im Verhandlungskatalog seinen Platz hat. Nur nicht gleichzeitig und beide schon gar nicht zu einem Zeitpunkt, wo die Arbeitsplatzsicherung das zentrale Anliegen der Arbeitnehmer ist.

Niedrigste Arbeitslosigkeit

Eines muss doch jedem einleuchten: Eine Arbeitszeitverkürzung bringt erhebliche Kostensteige-

rungen, welche entweder durch Rationalisierungsmassnahmen oder arbeitsplatzsparende Investitionen aufgefangen werden müssen. Damit sei auf den Substitutionsdruck hingewiesen: Je teurer ein Produktionsfaktor, desto mehr versucht man ihn zu ersetzen. Dies trifft um so mehr für ein Land zu, das, wie die Schweiz, im internationalen Vergleich höchste Lohn- und Lohnnebenkosten hat.

Zweifellos gibt es Berufe, die eine Arbeitszeitverkürzung bei geringerem Lohn akzeptieren würden. Allerdings sind das kaum die gewerkschaftlich organisierten Berufe. Die Gewerkschaften wissen, dass sie das Misstrauen der Arbeitnehmer nur überwinden, wenn sie ihnen zugleich verbesserte Reallöhne in Aussicht stellen. Wenn auch nicht alle Arbeitnehmer die engeren Zusammenhänge zwischen Vollbeschäftigung und Arbeitszeitlänge verstehen, so müssen sie doch sehen, dass die beiden längstarbeitenden Industrienationen – Japan und die Schweiz – gleichzeitig die niedrigste Arbeitslosigkeit haben.



THE FINE ART OF BANKING IST AUCH KUNST.

Nämlich die Kunst, unseren Kunden die Gewissheit zu geben, dass sie und ihr Geld mit den richtigen Leuten verkehren.

JBcoB
BANK JULIUS BAR
THE FINE ART OF BANKING